Deutschland verläßt den Völkerbund

Während das nationalsozialistische Deutschland seine Energien für den Aufbau des Vaterlandes, für die Sicherung der Ernährung aller Volksgenossen, für eine friedliche und bessere Zukunft einsetzte, ging im Ausland die jüdische Hetze gegen uns weiter. Die Tatsache, daß immer mehr ausländische Stimmen sich gemeldet hatten, die aus Gerechtigkeit für das neue Deutschland eintraten, konnte die Greuel- und Kriegshetze der Böswilligen nicht aus der Welt schaffen. Und

Verweigerung der deutschen Gleichberechtigung

die von Adolf Hitler mit Recht geforderte Beseitigung der Klassifizierung in „Sieger und Besiegte“, die von Adolf Hitler mit tiefer innerer Berechtigung geforderte Gleichberechtigung Deutschlands wurde letzten Endes doch verweigert, so daß der Führer sich knappe zwei Wochen nach dem Erntedankfest zu einem aufsehenerregenden Schritt entschließen mußte: Am 14. Oktober 1933 erklärte Deutschland seinen Austritt aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz! Daß man im Ausland das deutsche Volk zu einem solchen Schritte zwang, war um so befremdender und um so bedauerlicher, als das neue Deutschland verschiedentlich seine Bereitschaft zur friedlichen Zusammenarbeit unter Beweis gestellt hatte und als es auch zunächst im Sommer den Anschein gehabt hatte, als wolle sich endlich die Welt zu einer vernünftigeren Einstellung Deutschland gegenüber durchringen. Insbesondere hatte der Abschluß des „Viermächtepakts“ zu Hoffnungen in dieser Richtung Anlaß gegeben. Und zunächst schien es tatsächlich so, als ob der „Silberstreifen“ am Horizont des europäischen Himmels nicht wieder verschwinden wolle. Nach Abschluß des Viermächtepaktes, dessen Ratifizierung am 15. Juli erfolgt war, hatte man anscheinend auch in England und Frankreich erkannt, daß es der nationalsozialistischen Regierung in Deutschland Ernst war mit ihrer Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft. Die englische Diplomatie versuchte von nun an unablässig, einen Ausgleich der deutschen und französischen Interessen herbeizuführen. Henderson, der Präsident der Abrüstungskonferenz, der sich während seines mehrtägigen Aufenthaltes in Berlin mit dem Reichsaußenminister, dem Reichswehrminister und dem Führer der deutschen Abrüstungsdelegation, Botschafter Nadolny, über die gegenwärtige Lage unterhielt (das amtliche Kommuniqué vom 19. Juli hebt den freundschaftlichen Geist hervor, in dem die Besprechungen geführt wurden) und einige Tage darauf in München mit dem Reichskanzler zusammentraf, erklärte anläßlich dieser Gelegenheit gegenüber der ausländischen Presse, daß die Unterzeichnung des Viermächtepaktes an sich sehr begrüßenswert sei, daß ihr aber sofort eine herzliche Aussprache zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem französischen Ministerpräsidenten Daladier folgen müsse. Nur auf diese Weise könnten die Zweifel und Befürchtungen, wie auch das Mißtrauen, aus dem Wege geräumt werden. Ehe das nicht geschehen sei, werde auch die Bedeutung des neuen Paktes nicht in vollem Maße sich erweisen können. Die Worte Hendersons, von erfreulicher Offenheit, fanden überall starkes Echo und besonders bei der deutschen Presse sehr herzliche Aufnahme. Auch jenseits der Westgrenze verschloß man sich nicht dieser Not-

Englische Bemühungen um einen deutsch-französischen Ausgleich

Henderson in Berlin und München

wendigkeit, zumal in Daladier ein Mann mit Weitblick und Verständnis für die Erfordernisse der Zeit am Ruder zu sein schien.

Starkes Aufsehen erregte am 10. Juli ein Aufsatz des englischen Zeitungskönigs Lord Rothermere in der „Daily Mail“ unter dem Titel „Sieghafte Jugend“ und mit der Herkunftsbezeichnung „Irgendwo im Naziland“. Folgende Aeußerung verdiente besondere Beachtung:

Rothermere über das neue Deutschland

„...Diese Nation von 65 Millionen steht hinter Hitler in einer Einigkeit wie niemals zuvor. Es handelt sich um etwas viel Bedeutungsvolleres als um die Einsetzung einer neuen Regierung. Die Jugend hat das Kommando übernommen. Ein Strom jungen Blutes gibt dem Lande neues Leben...

Die einfache, ungeschminkte Vaterlandsliebe Hitlers und seiner Anhänger setzt unsere Salonbolschewisten und Kultur-Kommunisten in größte Bestürzung. Sie haben einen geräuschvollen Feldzug von Anklagen gegen die „nationalsozialistischen Grausamkeiten“ begonnen, die, wie jeder Besucher Deutschlands schnell feststellen kann, lediglich aus wenigen, vereinzelt dastehenden Gewalttaten bestehen, wie sie unter einer großen Nation unvermeidlich sind, die anderthalbmal so groß ist wie die unsere....“

Lord Rothermere verteidigte dann die Maßnahmen der deutschen Regierung gegen den Parlamentarismus und andere Mißstände und stellte fest, daß die Sympathie der überwältigenden Masse des deutschen Volkes auf seiten „dieser energischen jungen Vaterlandsfreunde“ steht. Er fuhr fort, es sei zwecklos und unbillig, diese Wiederbelebung des deutschen Geistes übel aufzunehmen. Es sei Deutschlands Glück, daß es einen Führer gefunden habe, der all die stärksten Kräfte des Landes zum Allgemeinbesten zusammenzufassen verstehe. „Das größte Bedürfnis der Welt,“ so schloß Lord Rothermere, „ist heute Realismus, und Hitler ist Realist. Er hat dem nationalen Leben den unüberwindlichen Geist sieghafter Jugend eingeflößt.“ Das tief im Engländer verwurzelte Gefühl für Sachlichkeit und Anstand, die berühmte britische „Fairneß“, spricht aus den Worten Rothermeres. Darüber hinaus aber schien hier zum erstenmal ein führender Kopf des Auslandes die prinzipielle Allgemeingültigkeit mancher nationalsozialistischer Thesen entdeckt zu haben. Der Mann, der sich auch der ungarischen Revisionswünsche in großherziger Weise angenommen hatte, trat für das junge Deutschland ein, weil er erkannt hatte, daß nur die Jugend Europas die internationalen Probleme meistern kann. —

Die Jugend Europas

Rothermere hat recht: die europäische Jugend muß zu Worte kommen. Sie ist der beste Garant des Weltfriedens. Frei von übernommenen Vorurteilen sucht sie neue Wege der Verständigung. Daß ihre Führer der Frontgeneration angehören, hemmt nicht, sondern fördert ihr Streben nach gerechtem Ausgleich der Völkerinteressen.

Wo aber bleibt Frankreichs Jugend? Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" brachten im November die Meinung eines französischen Politikers über diese Frage zum Abdruck. Dort heißt es:

„Angesichts zweier Staaten, Deutschland und Italien, die von 40jährigen Männern, d. h. den Führern der revolutionären Jugend, geführt werden, bietet Frankreich das jämmerliche Schauspiel schwatzhafter Greisenherrschaft, kleiner parlamentarischer Albernheiten und seines innerpolitischen Balletts: rechts — links, links — rechts. Was haben wir gegenüber einer mit im Winde wehenden Haaren und offener Brust marschierenden kräftigen Jugend aufzuweisen? Eine komische Zusammenstellung von steifen Kragen, Ordensbändchen, großen Bäuchen und steifen Hüten."

Im gleichen Artikel wird auch die Antwort eines anderen Franzosen — Denis de Rougement — zitiert, der feststellte: „Frankreich ist kein Zeitgenosse mehr für die Nationen, die es umgeben. Frankreich leidet bitter durch die Tatsache, daß es keine Jugend im neueuropäischen Sinne mehr besitzt." Mögen diese Urteile vielleicht auch aus propagandistischen Gründen etwas übertrieben sein, so steht doch fest, daß ein französisches Gegenstück zur deutschen Jugendbewegung, zur Hitlerjugend, zu den faschistischen Jugendorganisationen Italiens, fehlt. Was helfen vereinzelt Aufrufe und Bekenntnisse zur Friedens- und Verständigungspolitik Hitlers, wenn die Jugend in Frankreich keinen nennenswerten politischen Faktor darstellt? Erst, wenn die Repräsentanten des jungen Frankreich Einfluß auf die Geschicke ihres Landes nehmen können, wird der Ruf des Führers auch bei unseren westlichen Nachbarn gehört werden. Im Jahre 1933 waren Anzeichen einer solchen „Verjüngungskur" leider noch nicht zu spüren. —

Rassenfrage und Weltpropaganda

Auf dem Nürnberger Parteikongreß hielt Reichsminister Dr. Goebbels eine große Rede, in der er sich ausführlich mit dem Thema „Rassenfrage und Weltpropaganda" beschäftigte. Seine Ausführungen waren speziell an das Ausland gerichtet, das noch einmal ganz klar die Stellung der nationalsozialistischen Regierung kennenlernen sollte. Dr. Goebbels ging von der Feststellung aus, daß der Nationalsozialismus (ebensowenig wie der Faschismus) ein Exportartikel sei, sondern eine ausgesprochen deutsche Erscheinung, daß dieses Ereignis aber trotzdem die ganze Welt angehe. Er kam dann auf die Judenfrage zu sprechen und legte klar, warum der jüdischen Ueberfremdung in Deutschland Einhalt geboten werden mußte, wobei in äußerst loyaler Art an die Lösung des Problems herangegangen wurde. Der daraufhin vom internationalen Judentum gewissenlos inszenierten Boykott- und Greuelpropaganda mußte — als Akt der Notwehr — mit einem kurzen Gegenboykott begegnet werden, der in vorbildlicher Disziplin und ohne jeden Terror durchgeführt wurde.

Deutschland habe Waffen, die immer noch zum Erfolge geführt hätten. Dr. Goebbels fuhr u. a. fort:

„Auf unserer Seite steht die Wahrheit, die sich am Ende stets durchsetzen wird. Unsere Erfolge sprechen für uns; wenn es uns gelang, am 1. Mai das ganze Volk zu einer einheitlichen Willenskundgebung für den neuen Staat zu vereinigen, in sechs Monaten die schwindelnde Ziffer der Arbeitslosigkeit um zwei Millionen zu mindern, ganze Provinzen von dieser Geißel zu befreien, grandiose Pläne zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Ankurbelung des Produktionsprozesses mutig und unbeirrt in Angriff zu nehmen, dann ist das ein Beweis für die Richtigkeit unseres Handelns, wie er eindringlicher und überzeugender gar nicht geführt werden könnte....

Die Wahrheit ist immer stärker als die Lüge. Und die Wahrheit über Deutschland wird sich auch dieses Mal wieder bei allen anderen Völkern durchsetzen, auch in bezug auf die Rassenfrage. Wir haben das getan, was notwendig und damit unsere Pflicht war. Wir brauchen das Urteil der Welt nicht zu scheuen....

Deutschland wird nicht am Rassenproblem zerschellen, im Gegenteil: In seiner Lösung liegt die Zukunft unseres Volkes. Wir werden hier wie auch auf vielen anderen Gebieten der ganzen Welt bahnbrechend voranschreiten. Die Revolution, die wir gemacht haben, ist von epochaler Bedeutung. Wir wollen, daß sie in der konsequenten Lösung der Rassenfrage den Schlüssel zur Weltgeschichte findet." —

Englisch-französische Einmischung in den deutsch-österreichischen Konflikt

Der Viermächtepakt, dessen Abschluß den Völkerfrieden festigen, die Zusammenarbeit fördern sollte, wurde bald nach Inkrafttreten zur Begründung eines diplomatischen Schrittes mißbraucht, den man im Interesse einer loyalen Handhabung des Paktes nur bedauern konnte und der dann auch nur Verstimmung hinterließ. Am 7. August sprachen der französische und der englische Botschafter in Berlin nacheinander im Auswärtigen Amt vor, um — unter Bezugnahme auf den Viermächtepakt — darauf hinzuweisen, daß nach Auffassung ihrer Regierungen die deutsche Propaganda mit Bezug auf Oesterreich in gewissen, in der letzten Zeit vorgekommenen Fällen mit den bestehenden vertraglichen Bindungen nicht vereinbar sei. Den Botschaftern wurde daraufhin mit Recht erwidert, „daß der Reichsregierung eine Anwendung des Viermächtepaktes in dieser Form nicht angebracht erscheine, daß auf deutscher Seite Vertragsverletzungen irgendwelcher Art nicht vorlägen und daß Deutschland daher diese Einmischung in die deutsch-österreichische Auseinandersetzung nicht für zulässig halte". — Die einseitige Einmischung der Westmächte in den bestehenden Konflikt fand die selbstverständliche Ablehnung der Reichsregierung. Dieser Schritt, der von Paris aus propagiert worden war und der eigentlich in der Form eines gemeinsamen Vorgehens Englands, Frankreichs und Italiens erfolgen sollte, war ein Schlag ins Wasser. Italien beteiligte sich klugerweise an der Intervention überhaupt nicht. Und die Proteste Englands und Frankreichs gingen

auf getrenntem Wege ein. Es ist den interessierten Kreisen also nicht gelungen, durch den Viermächtepakt eine Stützung der Diktatur Dollfuß in Oesterreich zu erreichen.

Allgemeiner Katholikentag in Wien

Die Spannung zwischen dem Reich und der Regierung Dollfuß dauerte indessen an. — Der „allgemeine" Katholikentag in Wien ging ohne deutsche Beteiligung vonstatten. Ueber ihm lag der Schatten des bitteren Zerwürfnisses, das seit Monaten Deutschland und die österreichische Regierung trennte: In der Erinnerung an den Tag, an dem vor 250 Jahren das Gesamtdeutschtum für die Sache der abendländischen Kultur in den Kampf zog und Wien vor dem heranflutenden Asiatentum befreite, hätte der Katholikentag in Wien zu einem gewaltigen Bekenntnis des einigenden deutschen Volkstums werden können. Daß er es ebensowenig wie das von der Regierung Dollfuß verhinderte VDA-Treffen in Klagenfurt wurde, ist die Tragik der deutsch-österreichischen Beziehungen des Jahres 1933. —

Die deutsch-italienischen Beziehungen

Die deutsch-italienischen Beziehungen dagegen, die durch die Romreisen von Göring, Papen und Dr. Goebbels weiter ausgestaltet worden waren, brachten nicht nur eine außenpolitische Zusammenarbeit mit sich. Der Kölner Tagung des Konvents der Deutschen Arbeitsfront wohnte als Ehrengast der italienische Korporationsminister Bottai bei. In einer bedeutsamen Rede zeigte der Schöpfer des faschistischen Korporationssystems den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau Italiens auf. Seine Ausführungen im Zeitpunkt des damals erfolgenden Aufbaus der Deutschen Arbeitsfront sollten aufs neue die enge Verbundenheit des nationalsozialistischen Deutschlands mit dem Geist des faschistischen Italiens beweisen. Der gleichen Verbundenheit entsprach die sich anbahnende deutsch-italienische Zusammenarbeit im Handwerk (man beabsichtigte den gegenseitigen Austausch von Lehrlingen, Gesellen und Meistern), die zum Abschluß eines Handwerkabkommens führte. — Die politische und weltanschauliche Verwandtschaft zwischen Nationalsozialismus und Faschismus findet ihren sichtbaren Ausdruck auch in der Jugenderziehung — bei selbstverständlicher Anerkennung der völkisch bedingten Verschiedenheiten. Mit herzlicher Freude begrüßte man daher im nationalsozialistischen Deutschland den Entschluß der „Opera Nazionale Balilla", der großen faschistischen Jugendorganisation, die erste ihrer alljährlichen Auslandfahrten nach „Hitler-Deutschland" zu unternehmen. Gegen 500 Jungens im Alter von 12—16 Jahren, genannt „Avantgardisten", traten am 25. Juli in Bozen die große 14tägige Reise durch das neue Deutschland an, die sie nach München, Leipzig, Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M. führte. Ueberall wurden die jungen Repräsentanten des faschistischen Italiens mit offenen Armen aufgenommen

Bottai in Köln

Deutsch-italienisches Handwerksabkommen

Italienische Avantgardisten in Deutschland

— insbesondere auch von der Hitlerjugend, die sich ihrer freundschaftlich annahm. Sie fanden unschwer den Weg zur deutschen Jugend und steuerten damit das ihre zur Gestaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Italien bei. —

Gegenüber den in der ganzen Welt verbreiteten Lügen über das neue Deutschland, in denen auch der Reichstagsbrand eine erhebliche Rolle spielte, war der Prozeß gegen die Reichstagsbrandstifter von wesentlicher Bedeutung. Er begann vor dem Reichsgericht in Leipzig am 21. September — während das internationale Judentum vom Ausland aus eine Aktion einleitete, die in ihrer Verlogenheit wohl ziemlich einzig dasteht in der Weltgeschichte. Sie wurde begonnen durch einen Briefwechsel des Oberreichsanwalts mit den Herren Branting und Romain Rolland. Rolland fühlte sich zu bestimmten Aussagen über die Unschuld der drei angeklagten Kommunisten aus Bulgarien berechtigt, und der schwedische Rechtsanwalt Branting berichtete in der dänischen Zeitung „Social-Demokraten" von einer Untersuchungskommission „international anerkannter Juristen", die im Haag tagen und feststellen sollte, was in der Reichstagsbrandsache „für recht und richtig" erachtet werde, wobei sie sich angeblich im Besitz „tatsächlicher Aussagen aus erster Hand" befinden sollte. Der Oberreichsanwalt wandte sich daraufhin brieflich an beide Herren und bat sie um Aushändigung des angeblichen Beweis- bzw. Entlastungsmaterials. Branting und Rolland machten nun Schwierigkeiten und stellten Bedingungen, die einer Beleidigung der deutschen Gerichtsbarkeit gleichkamen. Trotz der sachlichen Erwiderungen und Bemühungen des Oberreichsanwalts bekam man die „beweiskräftigen Unterlagen" nie zu sehen. Statt dessen wurde in London eine Art Gegenprozeß ins Werk gesetzt. Ein Untersuchungsausschuß „tagte", d. h., erhob die unglaublichsten Beschuldigungen gegen Mitglieder der Reichsregierung und führende Männer der nationalsozialistischen Bewegung. Er sammelte noch einmal alle Lügen und Verleumdungen der letzten Monate, ergänzte sie durch neue schmutzige Verdächtigungen und nannte dieses Schriftstück „Braunbuch". Der zweite Angriff des Weltjudentums war in vollem Gange. Am 17. Dezember kam es zu schweren Ausschreitungen vor der deutschen Botschaft in London. Mehrere hundert Juden und Kommunisten versuchten die Durchführung einer Kundgebung für die Freilassung der Angeklagten im Reichstagsbrandstifterprozeß. Es kam zu einem erbitterten Handgemenge zwischen den Demonstranten und der Polizei. Denn die Hetzer gegen Deutschland hatten den Londoner Pöbel zu Hilfstruppen ihrer verbrecherischen Aktion gemacht. —

Reichstagsbrandstifterprozeß in Leipzig

Briefwechsel des Oberreichsanwalts mit Branting und Romain Rolland

Die Londoner Gerichtskomödie

Braunbuch

Der Reichstagsbrandstifterprozeß ist mit geradezu pedantischer Ge-

nauigkeit geführt worden. In monatelanger Kleinarbeit wurde vom Reichsgericht um die ungeschminkte Wahrheit gerungen. Von keiner Seite her beeinflußt, widerlegte der Prozeß die Lügen des Braunbuches restlos. —

Dr. Goebbels in Genf

Eine Widerlegung der Lügen im Ausland war auch die große Rede, die Reichsminister Dr. Goebbels am 28. September im Rahmen eines Presseempfanges in Genf (während der Völkerbundstagung) hielt und die eine eindrucksvolle Darstellung der deutschen Revolution und ihrer Ziele vermittelte. Im folgenden einige markante Stellen aus diesen vor ungefähr 300 Journalisten der internationalen Presse gemachten Ausführungen:

„Das Problem des Nationalsozialismus ist so neuartig und seine praktische Ausgestaltung in Deutschland selbst für die Welt so ohne Vorgang, daß es einer intensiven Beschäftigung mit ihm bedarf, um dafür Verständnis oder gar Wohlwollen aufbringen zu können. In ihm wird in der Tat ein einzigartiger und nie dagewesener Versuch gemacht, das Schicksal eines Landes mit anderen Methoden als den bisher üblichen zu formen und die schwere Krise, die alle Völker Europas betroffen hat, in ihm selbst einer erträglichen Lösung zuzuführen.

Wir glauben, uns ein Verdienst um die Zukunft Europas dadurch erworben zu haben, daß wir in Deutschland einen festen Wall gegen die Anarchie und gegen das Chaos aufrichteten....

Der Aufbau, den wir zielbewußt und mit jugendlicher Kraft begonnen haben, ist auf weite Sicht eingestellt. Wenn er heute schon fruchtbar zu werden beginnt, so ist das darauf zurückzuführen, daß in ihm sich Wille der Staatsführung und Entschlossenheit des Volkes vereinigen. Die Welt aber hat allen Grund, sich ehrlich und unvoreingenommen mit dieser neuartigen Erscheinungsform der Staatsgestaltung auseinanderzusetzen, die keine andere Absicht verfolgt, als Deutschland mit eigenen Mitteln aus der Krise zu lösen und damit aus den Sorgen der Welt zu entlassen....

Wenn die deutsche Regierung die Auseinandersetzung mit der Judenfrage auf gesetzmäßigem Wege vornahm, so wählte sie damit die humanste und loyalste Methode!...

Verdient ein Volk, das nach einem verlorenen Kriege und schwersten Erschütterungen moralischer, wirtschaftlicher und politischer Art sich wieder auf seine eigene Kraft besinnt, in einer Riesenanstrengung den Verfall aufzuhalten versucht, kein Opfer scheut, um seinen eigenen Haushalt in Ordnung zu bringen und es dabei weder an Mut noch an Fleiß fehlen läßt, die Verachtung und die abweisende Kälte der übrigen Welt?...

Es liegt nicht im Interesse irgendeines Volkes, daß dieses Deutschland weiterhin als Nation zweiten Ranges behandelt wird und der Möglichkeit seiner Verteidigung benommen bleibt, die es zur Aufrechterhaltung seiner nationalen Sicherheit nötig hat. Daraus den Willen zum Kriege schließen zu wollen angesichts der Tatsache, daß überall sonstwo nicht ab-, sondern aufgerüstet wird, ist ebenso kurzsichtig wie entmutigend....

Mögen alle, die guten Willens sind, sich vereinigen in der edlen Absicht, die Sorgen der Völker zu mildern und dem allgemeinen Wohl zu dienen. Was Deutschland betrifft, so ist es aus ehrlichstem Herzen bereit, am Frieden Europas mitzuarbeiten."

Trotz allem versuchte die jüdische Presse bis zum Jahresende hin und wieder durch unwahre Behauptungen über Deutschland ihre politische und moralische Brunnenvergiftung fortzusetzen. Falschmeldungen über angebliche Instruktionen des Reichspropagandaministeriums über Ziele der deutschen Außenpolitik (Instruktionen, die angeblich an die deutschen Auslandsvertretungen ergangen sein sollten) brachte der „Petit Parisien". Sofort wies die Reichsregierung nach, daß diese „Instruktionen" übelste Fälschungen darstellten, und erhob diesbezügliche Vorstellungen bei der französischen Regierung. Eine Zurücknahme der Behauptung des „Petit Parisien" erfolgte nicht.

Widerlegung der ausländischen Pressehetze

Ein zweiter Schlag gegen die ausländische Pressehetze mußte Ende November durch Widerlegung der Lügen der „Saturday Review" geführt werden. Das Blatt, das ein angebliches Interview von Dr. Goebbels zum Abdruck gebracht hatte, in dem Forderungen auf Gebietserweiterung und Behauptungen über deutsche Rüstungen enthalten waren, gab schließlich — in die Enge getrieben — als Datum dieses angeblich dem veröffentlichten Artikel zugrunde liegenden Interviews den 26. August 1932 an! Weder hatte Dr. Goebbels an diesem Tage ein Interview erteilt, noch hätten die Dr. Goebbels unterschobenen Aeußerungen zu diesem Zeitpunkt einen Sinn gehabt. Die Unwahrheit der Meldung des englischen Skandalblattes war also offenbar.

Gefälschtes Goebbels-Interview

Unglaubliche Behauptungen stellte im Oktober der „Manchester Guardian" über die Mißhandlung von jüdischen Kindern in Oberschlesien auf. Eingehende Erhebungen des amtlichen preußischen Pressedienstes ergaben, daß sämtliche Behauptungen, auf denen der Artikel des „Manchester Guardian" fußte, erlogen waren.

Immer wieder mußten ausländische Presselügen widerlegt und angeprangert werden. Nur der Unermüdlichkeit der amtlichen deutschen Stellen gelang es schließlich in zähem Kampf, die jüdische Hetzaktion im Ausland zum Stehen zu bringen. Am Ende des Jahres schienen die schmutzigen Quellen endlich versiegt. —

Man muß überhaupt bei der außenpolitischen Betrachtung dieser Monate feststellen, daß Deutschland alles getan hat, um das ausländische Mißtrauen zu beseitigen und ein tragbares Verhältnis zu jedem fremden Staat herzustellen. Dagegen sah sich Deutschland in seinen berechtigten Erwartungen mehr als einmal enttäuscht, insbesondere auch hinsichtlich der an den Viermächtepakt geknüpften Hoffnungen. Das vielversprechende Sprungbrett wurde nicht benutzt. Deutschlands berechtigte Forderungen auf Abrüstung der anderen, auf praktische Beseitigung der Klasseneinteilung in Sieger und Besiegte und damit auf Wiederherstellung unserer Ehre wurden immer lauter

Nichterfüllung der zugesagten Gleichberechtigung Deutschlands

Lloyd George über die Erfüllung des Versailler Friedensvertrages

und fanden dennoch taube Ohren. Lloyd George hatte am 14. März in Sheffield erklärt:

„... Ich muß als alter Gegner sagen, und ich fühle eine persönliche Verpflichtung, es als einer der Schöpfer des Versailler Vertrages zu sagen: Deutschlands Teil am Versailler Vertrag ist buchstäblich und dem Geiste nach erfüllt worden, während ihn diejenigen, die den Vertrag erzwangen, gebrochen haben."

Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz

Trotzdem blieb Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung unerfüllt. Adolf Hitler zog hieraus die einzig richtigen Konsequenzen: Am 14. Oktober verließ Deutschland die hilflose Abrüstungskonferenz und trat gleichzeitig aus dem ebenso hilflosen Völkerbund aus. Um zugleich dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, zu den lebenswichtigen Fragen der Nation und zu der von der Regierung Hitler geleisteten Arbeit Stellung zu nehmen und um vor der Welt festzustellen, welch geschlossene Gefolgschaft der Führer im deutschen Volke hatte, wurden Reichstag und alle Länderparlamente aufgelöst und eine neue Reichstagswahl mit der Einheitsliste der NSDAP auf den 12. November festgesetzt, gleichzeitig verbunden mit einer Volksabstimmung über die Außenpolitik der Regierung Hitler. Und der Reichskanzler erließ an das deutsche Volk folgenden Aufruf:

Auflösung des Reichstags und der Länderparlamente

Aufruf des Reichskanzlers

„An das deutsche Volk!

Erfüllt von dem aufrichtigen Wunsche, das Werk des friedlichen inneren Wiederaufbaues unseres Volkes, seines politischen und wirtschaftlichen Lebens durchzuführen, haben sich ehemals deutsche Regierungen im Vertrauen auf die Zubilligung einer würdigen Gleichberechtigung bereit erklärt, in den Völkerbund einzutreten und an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

Deutschland wurde dabei bitter enttäuscht.

Trotz unserer Bereitwilligkeit, die schon vollzogene deutsche Abrüstung, wenn nötig, jederzeit bis zur letzten Konsequenz fortzuführen, konnten sich andere Regierungen nicht zur Einlösung der von ihnen im Friedensvertrag unterschriebenen Zusicherungen entschließen.

Durch die bewußte Verweigerung einer wirklichen moralischen und sachlichen Gleichberechtigung Deutschlands wurde das deutsche Volk und seine Regierungen immer wieder auf das schwerste gedemütigt.

Nachdem sich die Reichsregierung nach der am 11. Dezember 1932 ausdrücklich festgelegten deutschen Gleichberechtigung neuerdings bereit erklärt hatte, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, wurde nunmehr durch die offiziellen Vertreter der anderen Staaten in öffentlichen Reden und direkten Erklärungen an den Reichsaußenminister und unsere Delegierten mitgeteilt, daß dem derzeitigen Deutschland diese Gleichberechtigung zur Zeit nicht mehr zugebilligt werden könnte.

Da die deutsche Reichsregierung in diesem Vorgehen eine ebenso ungerechte wie entwürdigende Diskriminierung des deutschen Volkes erblickt, sieht sie sich außerstande, unter solchen Umständen als rechtlose und zweitklassige Nation noch weiterhin an den Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diktaten führen könnten.

Indem die deutsche Reichsregierung daher erneut ihren unerschütterlichen Friedenswillen bekundet, erklärt sie angesichts dieser demütigenden und entehrenden Zumutungen zu ihrem tiefsten Bedauern, die Abrüstungskonferenz verlassen zu müssen. Sie muß deshalb auch ihren Austritt aus dem Völkerbund anmelden.

Sie legt diese ihre Entscheidung, verbunden mit einem neuen Bekenntnis für eine Politik aufrichtiger Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft, dem deutschen Volke zur Stellungnahme vor und erwartet von ihm eine Bekundung gleicher Friedensliebe und Friedensbereitschaft, aber auch gleicher Ehrauffassung und gleicher Entschlossenheit.

Ich habe daher als Kanzler des Deutschen Reiches dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, zum sichtbaren Ausdruck des einmütigen Willens von Regierung und Volk diese Politik der Reichsregierung der Nation zur Volksabstimmung vorzulegen, den Deutschen Reichstag aufzulösen, um dem deutschen Volk damit die Gelegenheit zu bieten, jene Abgeordneten zu wählen, die als geschworene Repräsentanten dieser Politik des Friedens und der Ehrenhaftigkeit dem Volke die Garantie einer unentwegten Vertretung seiner Interessen in diesem Sinne zu geben vermögen.

Als Kanzler des deutschen Volkes und Führer der nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation geschlossen wie ein Mann hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß tritt, die ebensosehr der Liebe zu unserem Volke und der Achtung vor seiner Ehre entspringen, wie auch der Ueberzeugung, daß die für alle so notwendige endliche Weltbefriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der edleren Auffassung der gleichen Lebensrechte aller."

In einer großangelegten Rundfunkrede setzte sich der Führer vor der ganzen Welt mit der außenpolitischen Situation auseinander, zeigte nochmals klar die Berechtigung und Notwendigkeit des deutschen Schrittes auf und schloß mit den Worten: Führerrede im Rundfunk

„... Indem wir aus den Erklärungen der offiziellen Vertreter einer Reihe von Großstaaten entnommen haben, daß von ihnen an eine wirkliche Gleichberechtigung Deutschlands zur Zeit nicht gedacht wird, ist es diesem Deutschland zur Zeit auch nicht möglich, sich weiterhin in einer so unwürdigen Stellung anderen Völkern aufzudrängen.

Die Drohungen mit Gewalt können in ihrer Verwirklichung nur Rechtsbrüche sein.

Die deutsche Regierung ist zutiefst erfüllt von der Ueberzeugung, daß ihr Appell an die ganze deutsche Nation der Welt beweisen wird, daß die Friedensliebe der Regierung genau so wie ihre Ehrauffassung Friedenssehnsucht und Ehrbegriff des ganzen Volkes sind.

Ich habe mich entschlossen, zur Dokumentierung dieser Behauptung den Herrn Reichspräsidenten zu bitten, den Deutschen Reichstag aufzulösen und in einer Neuwahl, verbunden mit einer Volksabstimmung, dem deutschen Volke die Möglichkeit zu bieten, ein geschichtliches Bekenntnis abzulegen, nicht nur im Sinne der Billigung der Regierungsgrundsätze, sondern auch in einer bedingungslosen Verbindung mit ihnen.

Möge die Welt aus diesem Bekenntnis die Ueberzeugung entnehmen,

daß das deutsche Volk sich in diesem Kampf um seine Gleichberechtigung und Ehre restlos identisch erklärt mit seiner Regierung, daß aber beide in tiefstem Grunde von keinem anderen Wunsche erfüllt sind, als mitzuhelfen, eine menschliche Epoche tragischer Verirrungen, bedauerlichen Haders und Kampfes zwischen denen zu beenden, die als Bewohner des kulturell bedeutungsvollsten Kontinents der ganzen Menschheit gegenüber in Zukunft eine gemeinsame Mission zu erfüllen haben. Möge es dieser gewaltigen Friedens- und Ehrkundgebung unseres Volkes gelingen, dem inneren Verhältnis der europäischen Staaten untereinander jene Voraussetzung zu geben, die zur Beendigung nicht nur eines jahrhundertelangen Haders und Streites, sondern auch zum Neuaufbau einer besseren Gemeinschaft erforderlich sind: der Erkenntnis einer höheren gemeinsamen Pflicht aus gemeinsamen gleichen Rechten!"

Am 18. Oktober sprach Adolf Hitler dann bei der Führertagung der NSDAP im Plenarsaal des Preußischen Landtages über den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung und die notwendigen Konsequenzen, die man aus der Verweigerung dieser berechtigten Forderung ziehen mußte.

Neurath zur ausländischen Presse

Am 16. Oktober ergriff Reichsaußenminister von Neurath das Wort und unterrichtete die ausländische Presse über die Gründe und Ziele der am 14. Oktober getroffenen Entscheidung der deutschen Regierung. Nachdem er in großen Zügen die Entwicklungsphasen seit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aufgezeigt hatte, die — trotz aller gegenteiligen Versicherungen — nichts als Enttäuschungen brachten, wandte sich Neurath den letzten Ereignissen zu, die Deutschland zur Abreise aus Genf veranlaßt hatten. Wieder waren wir um unser gutes Recht — die Abrüstung der anderen — betrogen worden. Der ursprünglich vorgesehene MacDonald-Plan wurde „abgeändert". Es blieb so gut wie nichts mehr von dem übrig, was uns zugesichert worden war. Neurath stellte u. a. fest:

„... Nicht unsere Forderung, sondern die Haltung der Gegenseite ist es gewesen, die eine Fortführung der Verhandlungen unmöglich gemacht hat.... Der englische Außenminister hat in seiner Erklärung vom Samstag unter Zustimmung Frankreichs und der Vereinigten Staaten an die Stelle des MacDonald-Planes einen neuen Plan gesetzt. Die Abrüstung der hochgerüsteten Staaten soll danach um vier Jahre hinausgeschoben, soll aber auch für die spätere Periode nicht bindend vereinbart werden, da sie von dem Erfolg des Kontrollsystems abhängig gemacht wird. Praktisch beschränkt sich die Kontrolle aber auf Deutschland, weil dieses allein in den nächsten Jahren einschneidenden Rüstungsbeschränkungen unterworfen wäre....

Die anderen Mächte hätten es also jederzeit in der Hand, sich auf das Nichtfunktionieren der Kontrolle und angebliche Vertragsverletzungen zu berufen, um ihrer materiellen Abrüstungsverpflichtung auszuweichen.

Es kommt noch hinzu, daß für die Zeit nach vier Jahren auch das Maß der dann eventuell beabsichtigten materiellen Abrüstung trotz unserer fortgesetzten Klärungsversuche voll im Dunkeln gelassen worden ist. Die auch nach dem neuen Plan sofort vorzunehmende Umwandlung der

Reichswehr in eine kurz dienende Miliz ist nicht eine Konzession an Deutschland, sondern eine Konzession Deutschlands an die anderen Mächte. Die Ersetzung der vorzüglich ausgebildeten 100000 Mann der Reichswehr durch die doppelte Zahl kurz dienender Mannschaften ist offensichtlich noch eine weitere Schwächung unserer jetzigen minimalen Werte, zumal ja selbst die uns jetzt gestatteten Versailler Waffen nur für die jeweils im Dienst stehenden 200000 Mann, nicht aber für die zur Entlassung kommenden Mannschaften bewilligt werden sollen.

Deutschland hätte also 200000 Gewehre in den Händen kurz ausgebildeter Leute gegenüber etwa acht Millionen Gewehren der Franzosen. Es ist geradezu ein Hohn, wenn diese zweite Entwaffnung Deutschlands mit dem Schlagwort der Nichtaufrüstung Deutschlands begründet wird.

Hat man es wirklich für möglich gehalten, daß sich die deutsche Regierung mit dem Gedanken einer Bewährungsfrist abfinden könnte, der schon an sich eine undiskutierbare Diffamierung darstellt, und dessen Begründung ich nur als eine beleidigende Verleumdung der deutschen Regierung und als eine völlig grundlose Verdächtigung ihrer politischen Absichten kennzeichnen kann? Denn was führt man zur Begründung dieses unmöglichen Planes an? Es ist die angebliche Gefährdung des europäischen Friedens durch das neue Deutschland...“

Die Wirkung des deutschen Schrittes im Ausland

Obwohl der deutsche Schritt durch die Nichterfüllung der vertraglich zugesicherten Abrüstung der hochgerüsteten Staaten und durch die fortdauernde Diskriminierung des deutschen Volkes (Lloyd George spricht in einem in der „News Chronicle“ erschienenen Artikel unter der Ueberschrift „Gebrochenes Versprechen“ von der „Infamie dieses abscheulichsten Vertragsbruches in der Weltgeschichte“) selbstverständlich war, schlug dieser Entschluß der Reichsregierung im Ausland doch wie eine Bombe ein. Hilflose Verwirrung bemächtigte sich zunächst der Westmächte nach der unerwarteten Genfer Sprengung. —

Am Quai d'Orsay wartet man ab und verschiebt die amtliche Stellungnahme, um Zeit zur Neuorientierung zu gewinnen. Daladier beschränkt sich darauf, die Schuld an allem Deutschland in die Schuhe zu schieben und ihr die weise Politik der friedlichen Zusammenarbeit, die Verteidigung der „großen Interessen, die Frankreich und dem Frieden gemeinsam sind“ als leuchtendes Beispiel gegenüberzustellen. Wesentlich aggressiver erscheint die Rundfunkrede Sir John Simons, die den englischen Standpunkt klar präzisieren und zugleich eine Entgegnung auf Neuraths deutliche Erklärungen sein soll. Auch er möchte die Verantwortung für den deutschen Schritt am 14. Oktober der Reichsregierung und dem Reichskanzler aufbürden und sucht die Ursache allen Uebels in der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland, die die „Beunruhigung“ Europas vergrößert hätte. Daß eine solche Darstellung der Ereignisse den Tatsachen nicht entspricht, bedarf keiner langen Beweisführung. Als der MacDonald-Plan im März auf der Genfer Abrüstungskonferenz eingebracht und Ende Juni

von allen, auch England und Frankreich, als Grundlage für eine Konvention angenommen wurde, war die nationalsozialistische Regierung in Deutschland längst im Amte. Die Ereignisse, die nach den im Juni gefaßten einmütigen Beschlüssen eintraten und zu einer völligen Entstellung des ursprünglichen MacDonald-Planes führten, sind nicht in Deutschland zu suchen. Sie haben sich vielmehr hinter den Kulissen in Paris abgespielt, wo es der französischen Diplomatie anscheinend gelungen ist, eine Verschlechterung des MacDonald-Planes (Hinausschiebung der Abrüstung um mehrere Jahre und Kontrolle Deutschlands während dieser Zeit) durchzusetzen. Der Rechtfertigungsversuch Sir John Simons darf als mißlungen angesehen werden. Es bleibt bei den Feststellungen des Reichsaußenministers, die an Klarheit nichts zu wünschen übriglassen. —

Interview des Führers in der „Daily Mail"

Um aber die deutsche Haltung in der internationalen Politik noch einmal ganz klar herauszustellen, empfing der Reichskanzler den Sonderkorrespondenten der „Daily Mail", Ward Price, zu einer ausführlichen Unterredung, die dem Führer Gelegenheit zu programmatischen Erklärungen an die Welt gab. Der Führer beantwortete die verschiedenen Fragen klar und unmißverständlich und sagte unter anderem:

> „Die Behauptung, daß das deutsche Volk sich mit Begeisterung auf den Krieg vorbereite, ist eine uns einfach unfaßbare Verkennung des Sinnes der deutschen Revolution. Wir Führer der nationalsozialistischen Bewegung sind fast ohne Ausnahme Frontsoldaten gewesen. Ich möchte den Frontsoldaten sehen, der mit Begeisterung sich für einen neuen Krieg vorbereitet! ... Glauben Sie, daß wir unsere Jugend, die unsere ganze Zukunft ist, und an der wir alle hängen, nur erziehen, um sie dann auf dem Schlachtfelde zusammenschießen zu lassen?"

Er wandte sich dann gegen die Behauptung von angeblichen deutschen Expansionsbestrebungen im Osten und lehnte grundsätzlich jede kriegerische Lösung europäischer Probleme — z. B. auch die Frage der ehemals deutschen Kolonien — ab, da sie nur auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu lösen seien. Nachdem er die Frage nach einer Wiederherstellung der Monarchie verneint hatte, wandte er sich dem wirtschaftlichen Kampf Deutschlands zu und sprach von den ungeheuren Anstrengungen, die das deutsche Volk macht, um der Wirtschaftsnot Herr zu werden. „Sie werden verstehen", schloß Hitler, „daß eine Regierung und ein Volk, die vor solchen Aufgaben stehen, gar keinen anderen Wunsch haben können als den nach Ruhe und Frieden. Und damit endlich auch nach Gleichberechtigung."

Die Kriegshetze der französischen Rüstungsindustrie

In „Deutschland und Europa" sagt Hermann Stegemann einmal: „Deutschland klirrt nicht mit seiner Rüstung, sondern rasselt mit seinen Ketten. Frankreich aber vermag das nicht zu unterscheiden — das

macht die Verständigung so schwer." Und die Frage erhebt sich: Ob er recht hat? Ob es nur Mißverständnis ist? Ob nicht kluge Berechnung sich hinter den jahrelangen „Mißverständnissen" verbirgt? Gibt es Drahtzieher, die ein Interesse an der Verhinderung einer wirklichen Abrüstung haben? O ja, die gibt es: Sie sitzen in den Kreisen der französischen Schwerindustrie, der Rüstungsindustrie. Ihr ungekrönter König heißt Schneider-Creuzot. Er ist nicht nur Beherrscher des „Comité des Forges", des Syndikats der französischen Schwerindustrie, sondern auch eines riesigen Bankensystems und damit der französischen Wirtschaft und Politik. Die Rüstungsindustrie hält die Fäden in der Hand. Sie verhetzt mit ihrer Presse das französische Volk; sie setzt Regierungen nach Bedarf ein und ab. Sie ist der Feind des Weltfriedens. Sehr bald erkannte sie die Gefährlichkeit des MacDonald-Planes in seiner ursprünglichen Fassung. Und zweifellos hatte sie bei seiner völligen Wertlosmachung die Hände mit im Spiel gehabt.

Der Wahlkampf für Frieden und Gleichberechtigung

Der Wahlkampf für Gleichberechtigung und Frieden begann. Er unterschied sich wesentlich von früheren Wahlkämpfen. Es ging nicht in erster Linie um Weltanschauungen und Bekenntnisse, noch weniger um Parteien — es ging um Deutschlands Ehre und Freiheit in der Welt. Die Wahlversammlungen, die überall veranstaltet wurden, trugen begeisternden und feierlichen Charakter. Es waren Kundgebungen, in denen der einheitliche Wille des deutschen Volkes zum Ausdruck kam: Deutsche Gleichberechtigung und Frieden in Europa. Die NSDAP stellte ihren großen Propagandaapparat in den Dienst der deutschen Friedenspolitik. Die großen Reden des Führers und zahlloser nationalsozialistischer Redner rüttelten das Volk auf, brachten den letzten Mann zur Wahlurne, um seine Stimme für die gerechte Sache Deutschlands abzugeben.

Der Führer gibt den Auftakt zum Wahlkampf im Sportpalast

Auftakt dieses denkwürdigen Wahlkampfes war die Führerrede am 24. Oktober im Berliner Sportpalast, die mit den tiefergreifenden Sätzen schloß:

> „Ich bitte das ganze deutsche Volk, wenn ich mich jemals hier irren würde, oder wenn das Volk einmal glauben sollte, meine Handlungen nicht decken zu können, dann kann es mich hinrichten lassen: Ich werde ruhig standhalten. Aber niemals werde ich etwas tun, was gegen meine und die Ehre der Nation geht. Ich möchte nicht mithelfen, die deutsche Nation zu schänden. Wir wollen den Frieden, wir wollen die Verständigung, wir wollen aber auch unsere Ehre, unser gleiches Recht haben. Wir wollen uns nicht länger als zweitklassige Nation behandeln lassen.
>
> Ich bitte, daß das deutsche Volk sich nun selbst zu dieser Auffassung bekennt. Ich habe nie vor dem Volk gezittert, ich habe stets die Auffassung vertreten, daß meine Handlungen vor dem ganzen Volke bestehen können. Es möge über mich urteilen, es möge über uns urteilen und

möge über unsere Politik urteilen! Ich weiß, wie dieses Urteil ausfällt. Das deutsche Volk wird hinter uns stehen, denn seine Ehre ist auch unsere Ehre, und unsere Ehre ist seine Ehre! Und die Welt wird sehen, daß die Ehre des deutschen Volkes keine schlechte ist.

Und so bitte ich Sie, dieses Mal wirklich zum ersten Male in meinem Leben! — geben Sie uns nun Ihre Stimmen. Wir haben früher nie um Stimmen gebettelt, jetzt bitte ich Sie, nicht meinetwegen, sondern um des deutschen Volkes willen, geben Sie uns Ihre Stimmen. Holen Sie jeden Volksgenossen hin zur Urne, auf daß er mitentscheidet für die Zukunft seines Volkes und damit seiner selbst und seiner Kinder. Zum ersten Male nach 14 Jahren bitte ich Sie jetzt, geben Sie diese Stimme für dieses „Ja" der Gleichberechtigung, der Ehre und des wirklichen Friedens, und geben Sie damit zugleich die Stimme ab für den neuen Reichstag, der der Garant dieser Politik sein wird. Denn auf die Dauer kann man auch wirtschaftlich ein Volk nicht retten, wenn es politisch und moralisch zugrunde geht. Wir kennen nur ein Ziel auf der Welt: Nicht Haß anderen Völkern, sondern Liebe zu der deutschen Nation!"

Hitlerrede in Siemensstadt

Nach zahlreichen täglichen Massenversammlungen im ganzen Reich sprach der Führer am Vorabend der Volksabstimmung und Reichstagswahl — am 11. November — vor der Arbeiterschaft in der gewaltigen Halle des Dynamowerkes der Berliner Siemenswerke:

„Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Meine deutschen Arbeiter!

Wenn ich heute zu Ihnen und damit zu Millionen anderen deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen spreche, dann habe ich mehr Recht dazu als irgendein anderer. Ich bin aus Euch selbst herausgewachsen, habe einst selbst unter Euch gestanden, bin in viereinhalb Jahren Krieg mitten unter Euch gewesen und spreche nun zu Euch, zu denen ich gehöre, mit denen ich mich noch heute verbunden fühle und für die ich letzten Endes auch kämpfe. Denn um meinetwillen wäre der Kampf nicht notwendig. Ich würde ihn auch nicht führen für eine Klasse oder für eine besondere Gesellschaftsschicht. Ich führe den Kampf für die Millionenmassen unseres braven, fleißigen, arbeitenden, schaffenden Volkes.

Ich wende mich in einer geschichtlichen Stunde an Euch. Einmal hat das deutsche Volk in einer solchen Stunde versagt, die Folgen sind furchtbare gewesen. Ich möchte nicht, daß zum zweiten Male das deutsche Volk in denselben Fehler verfällt. Die Folgen würden wieder für viele, viele Jahre trostlos sein.

Ich war in meiner Jugend Arbeiter so wie Ihr, und ich habe mich dann durch Fleiß, durch Lernen und, ich kann sagen, auch durch Hungern, langsam emporgearbeitet. In meinem innersten Wesen aber bin ich immer das geblieben, was ich vorher war.

Als ich nach dem Krieg in das politische Leben eintrat, tat ich es in der Ueberzeugung, daß unser Volk von seiner politischen Führung schlecht beraten war, in der Ueberzeugung, daß das deutsche Volk als Ergebnis dieser schlechten Führung eine grauenhafte Zukunft vor sich sah. Ich tat es damals mit innerster Berechtigung deshalb, weil ich ja nicht zu denen gehörte, die irgendwie verantwortlich für den Krieg waren. Ich war so wenig für den Krieg verantwortlich wie irgendeiner unter Euch; denn ich war damals genau so wie Ihr ein Unbekannter, über den das Schicksal

zur Tagesordnung überging. Allerdings habe ich mich nicht zu denen gerechnet, die sich damals gegen die eigene Nation stellten. Ich war der Ueberzeugung, daß man für das Schicksal der Nation eintreten muß, wenn nicht das ganze Volk früher oder später Furchtbares leiden sollte. Das ist es, was mich von den anderen getrennt hat, die sich in der kritischen Zeit gegen Deutschland wandten.

Als der Krieg zu Ende war, nahm ich mir als Frontsoldat das Recht, das, was ich als richtig erkannt hatte, nunmehr auch zu vertreten. Ich habe vorher nicht geredet und habe mich vorher nicht in irgendeiner parlamentarischen Tätigkeit bewegt. Ich war ein Mensch, der sich einfach das tägliche Brot verdient hat.

Erst als ich nach Kriegsende sah, daß die politische Führung nicht hielt, was sie der Nation versprochen hatte, sondern daß das Gegenteil kam, da ging ich in das Volk hinein und habe mit sechs anderen ganz kleinen Arbeitern gewirkt und eine Bewegung gegründet aus der eigenen Ueberzeugung heraus, daß die Meinung, man könne durch den Kampf der Klassen untereinander das Schicksal auch nur einer Klasse bessern, ein Irrtum ist. Wir haben diesen Irrtum, im großen gesehen, auch in der ganzen Welt erlebt, am deutlichsten im Friedensvertrag von Versailles.

Dieser Vertrag baut sich auf zwei grundfalschen Thesen auf.

Erstens: Der Ausgang eines Krieges, in dem es natürlich immer Sieger und Besiegte geben muß, könne für ewige Zeiten nun die geltende Rechtsnorm im Völkerleben sein, d. h. es könnte für immer der eine, der Sieger, im Rechte sein und der Besiegte der Rechtlose. Das ist eine unmögliche These, auf die man keine Völkergemeinschaft aufbauen kann.

Die zweite These, die ebenso falsch ist, ist die, zu glauben, es gehe einem Volk um so besser, je schlechter es dem anderen geht. Ein ungeheurer Irrtum!

Diese beiden Thesen, die dem Vertrag von Versailles zugrunde gelegt worden sind, haben sich in einer verheerenden Weise ausgewirkt, nicht nur für das deutsche, sondern auch für die anderen Völker. Die Welt ist nicht befriedet worden, wie man damals erklärte, die Welt ist im Gegenteil in immer neue Händel und immer neuen Hader gestürzt worden. Und genau so unsinnig war der zweite Gedanke, die Wirtschaft eines großen Volkes auf der einen Seite mit unerträglichen Lasten zu beladen und sie auf der anderen Seite zu zerstören, ihr alle Möglichkeiten abzuschneiden. Wir haben dann erlebt, daß Deutschland, um seine wirtschaftlichen Verpflichtungen zu erfüllen, gezwungen war, sich unter allen Bedingungen auf den Exportmarkt zu werfen und daß der schärfste internationale Konkurrenzkampf dann begann, daß die politische Schuld allmählich verwandelt wurde in eine wirtschaftliche Schuld und der Zinsendienst genau dieselben Folgen zeigte wie der Kontributionsdienst vorher.

Wir haben dann erlebt, wie die Rationalisierung kam, wie man Millionen von Menschen einsparte, immer nur getrieben von dem einen Gedanken: wir müssen exportieren um jeden Preis, um Devisen zu beschaffen. Der Binnenmarkt ist dadurch allmählich zerstört worden und die Millionenarmeen der Erwerbslosen entstanden. Ich hatte erkannt, meine Volksgenossen, daß wir aus diesem Wahnsinn nicht mehr herauskommen würden, solange wir denselben Wahnsinn im Innern auch unter uns dulden. Was im großen vertreten wurde, zweierlei Recht der Nationen, die Theorie, daß es einem Volke wirtschaftlich schlecht gehen muß, damit das andere leben kann — diese Theorie haben wir ja unter uns genau so gepredigt.

Was ist denn für ein Unterschied zwischen der Theorie des Klassenkampfes und der Theorie dieses Völkerkampfes?

Es ist dasselbe! Derselbe Wahnwitz, zu meinen, einer Klasse könnte es besser gehen, wenn es der anderen schlechter geht.

Ich war damals im Innern überzeugt, daß über Klassen hinweg das Volk sich selbst zusammenfinden muß. Es war natürlich, daß sich dagegen viele Interessenten wenden würden. Es war verständlich, daß die Organisationen, die die Klassen bildeten, sich dagegen sträuben würden. Man kann aber nicht ein Volk zugrunde gehen lassen, weil diese Organisationen leben wollen. Denn ein Volk lebt nicht für Theorien, nicht für Programme, auch nicht für Organisationen, sondern alle diese haben dem Leben eines Volkes zu dienen, und heute erleben wir, daß auch der Völkerstreit untereinander gepflegt wird von ganz bestimmten Interessenten.

Es ist eine wurzellose internationale Clique, die die Völker gegeneinander hetzt. Es sind das die Menschen, die überall und nirgendwo zu Hause sind, die nirgends einen Boden haben, auf dem sie gewachsen sind, sondern die heute in Berlin leben, morgen in Brüssel sein können, übermorgen in Paris und dann wieder in Prag oder in Wien oder in London, und die sich überall zu Hause fühlen.

Sie können überall ihre Geschäfte tätigen, aber das Volk kann ihnen nicht nachfolgen, das Volk ist ja doch gekettet an seinen Boden, ist gebunden an seine Heimat, ist gebunden an die Lebensmöglichkeiten seines Staates, der Nation. Der Bauer ist auf seinen Boden festgelegt. Der Arbeiter hängt an seinem Werk. Wenn es zugrunde geht, wo wird ihm geholfen? Was heißt heute internationale Solidarität der Klassen? Das sind bloße Theorien in einer Zeit, in der überall die Not schreit und die Völker schwer zu kämpfen haben um ihr Dasein. Die Kraft von uns allen liegt nicht in diesem internationalen Phantom, sie liegt in unserer Heimat.

Diese Kraft zu wecken und zu stärken war immer mein Ziel. Ich schuf daher eine ganz neue Bewegung, die von vornherein über alle Erscheinungen des Verfalls hinweg eine neue Gemeinschaft aufzubauen hatte. Denn, daß ein Volk deswegen zugrunde gehen soll, weil bestimmte Organisationen nur vom Bruderkampf leben können, das sehe ich nicht ein. Dagegen habe ich den Kampf begonnen und ein Programm aufgestellt, das davon ausging, daß der einzelne, daß sein Stand, seine Herkunft und seine Geburt, seine Lebensstellung und sein Vermögen nicht viel bedeuten. Alles das ist vergänglich, es ist unbedeutend, gemessen an der Dauerexistenz des Volkes. Das Volk als solches, das ist die ewige Quelle und der ewige Brunnen, der immer wieder neues Leben gibt, und diese Quelle muß gesund erhalten werden.

Was gilt mir eine Theorie, wenn ich sieben Millionen Erwerbslose sehe? Wären sie glücklich, wenn ich Theorien verkünde? Ich muß versuchen, ihnen zunächst wieder Brot und Arbeit zu geben. Ich wußte, diese Aufgabe kann ich nur lösen, wenn ich die ganze Kraft des Volkes für dieses Ziel zusammenfassen kann. Es war klar, daß ein solches Programm, in dem sich der Nationalismus mit dem Sozialismus verbinden muß, nicht in wenigen Jahren verwirklicht wird, daß eine große Erziehung notwendig ist, und daß dieser zukünftige Staat die Menschen sich selbst erziehen muß. Mit sechs oder sieben Mann habe ich begonnen. Heute ist es die größte deutsche Bewegung, nicht durch Zufall und nicht, weil mir der Weg leicht gemacht wurde, sondern weil die Ideen, auf die ich baute, richtig sind. Nur deshalb konnten sie sich durchsetzen.

Denn das können Sie sich, meine Arbeiter, wohl denken, daß, wenn ein Mann in Ihrer Lebenslage beginnt, eine Bewegung zu gründen, ihm nicht die Erfolge zufliegen; das ist selbstverständlich. Es gehört eine große Zähigkeit und ein unerhörter Wille dazu, überhaupt dieses Werk zu beginnen. Und das möchte ich Ihnen heute sagen: Wenn ich diesen

Glauben hatte, habe ich ihn nur gehabt, weil ich das Volk kannte und weil ich niemals an der Qualität des deutschen Volkes zweifelte. Nicht die intellektuellen Schichten haben mir den Mut gegeben, dieses gigantische Werk zu beginnen, sondern den Mut habe ich nur gefaßt, weil ich selbst den deutschen Arbeiter und den deutschen Bauern kannte.

Ich wußte, daß diese beiden Schichten einst die Tragenden des neuen Reiches werden, und daß sich dann von selbst auch die Schicht der geistigen Arbeiter mit ihnen verbinden werde. Ein gigantisches Programm! Und als ich am 30. Januar nach 14jährigem erbitterten Kampfe berufen wurde, da hatte ich nur den einen Wunsch, diese große Aufgabe zu erfüllen. Was heißt für mich ein Titel? Ich brauche keinen Titel! Mein Name, den ich mir aus eigener Kraft erwarb, ist mein Titel. Ich möchte nur, daß die Nachwelt mir einmal bestätigt, daß ich anständig und ehrlich mein Programm zu verwirklichen mich bemüht habe. Wir haben in diesen neun Monaten gearbeitet und Großes erreicht.

Vielleicht wird mancher unter Ihnen sein, der es mir nicht verzeihen kann, daß ich die marxistischen Parteien vernichtete. Ihnen sage ich, meine Freunde, ich habe auch die anderen Parteien genau so vernichtet! Ich habe nicht die Vertretung der Arbeiterschaft beseitigt. Nein, ich habe die Vertretung aller Klassen beseitigt. Ich habe nie gesagt, in diesem neuen Staat darf der Arbeiter keine Vertretung mehr besitzen. Im Gegenteil, ich bin der Ueberzeugung, daß nur die gleiche Berechtigung aller einen erträglichen Zustand für alle schaffen kann. Allerdings verstehe ich darunter niemals die Anmaßung der Stände, gegeneinander einen Dauerkrieg zu führen. Das ist nicht der Zweck unseres Daseins, sondern sein Zweck ist, daß wir mit gemeinsamem Denken, mit gemeinsamer Anstrengung und gemeinsamer Arbeit ein möglichst erträgliches Leben für unsere Volksgenossen, nicht für eine Klasse und für einen Stand, sondern für alle schaffen.

Ich sagte, vier Jahre müßt Ihr mir Zeit geben. Nun, als ich kam, hatte Deutschland über 6,2 Millionen Erwerbslose und jetzt sind es 3710000. Es ist das für neun Monate eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Wir haben die Hände nicht in den Schoß gelegt, sondern uns abgemüht, Tag für Tag.

Wenn einige sagen, ja, aber unser Existenzniveau ist nicht besser geworden, dann antworte ich, das erste war, daß ich die Menschen wieder in den Arbeitsprozeß eingliederte. Das nächste wird sein, die Konsumkraft zu steigern. Das liegt ja in unserem eigenen Interesse. Dem deutschen Bürger muß ich sagen, denke ja nicht, daß es Dein Interesse ist, wenn es dem Arbeiter schlecht geht. Im Gegenteil, je mehr er selbst an Konsumkraft besitzt, um so besser wird es Dir auch gehen. Es ist nicht so, daß das Unglück des einen das Glück des anderen bedeutet, im Gegenteil, man hebe die Kraft eines Volkes insgesamt und sie kommt allen wieder unmittelbar zugute.

Es ist eine ungeheure Erziehungsarbeit, die wir begonnen haben, und ich weiß, daß sie noch lange nicht zu Ende ist. Und wenn links und rechts Verbockte dastehen und sagen: „Aber uns bekommt ihr nie," dann sage ich, das ist uns gleichgültig, aber Eure Kinder bekommen wir. Sie erziehen wir von vornherein zu einem anderen Ideal und erziehen sie zueinander. Wir haben den Krieg begonnen gegen die Korruption, und ich schämte mich bisher fast, Ihnen die Ergebnisse mitzuteilen, weil ich immer fürchtete, daß man das ganze deutsche Volk mit diesen Spitzbuben identifiziert.

Wenn ich aber dem deutschen Volk wieder Arbeit und Brot erschließen, wenn ich es wieder in Ordnung bringen will, dann kann ich das nur

tun, wenn es Ruhe und Frieden besitzt. Man sollte mir nicht zumuten, daß ich so wahnsinnig sei, einen Krieg zu wollen.

Ich weiß nicht, wie viele von den fremden Staatsmännern den Krieg überhaupt als Soldaten mitgemacht haben. Ich habe ihn mitgemacht. Ich kenne ihn. Von denen aber, die heute gegen Deutschland hetzen und das deutsche Volk verleumden, das weiß ich, von denen hat keiner jemals auch nur eine Kugel pfeifen hören.

Wir haben in diesen neun Monaten uns nur mit unserem Volke beschäftigt, nur unsere Aufgaben studiert, wollten nur sie lösen. Und ich bin der Meinung, andere Staatsmänner täten gut, wenn sie sich auch ihren eigenen Aufgaben widmen wollten. Ich habe in diesen neun Monaten nicht eine Maßnahme getroffen, die irgendeinen Staatsmann beleidigen oder ein Volk verletzen konnte, im Gegenteil, in diesen neun Monaten erklärte ich immer wieder, es müßten die Völker wieder vernünftig werden und sich nicht von einer kleinen Clique internationaler Menschen gegeneinander verhetzen lassen. Ich erklärte, das deutsche Volk hat nur den einen Wunsch, nach seiner Fasson selig werden zu können. Man solle uns in Ruhe lassen, wir mischen uns nicht in die Angelegenheiten anderer ein, und sie sollen sich nicht in unsere einmischen. Wenn überhaupt jemand sich auf der Welt bedroht fühlen kann, so sind das doch nur wir allein.

Wir wollen Frieden und Verständigung, nichts anderes! Wir wollen unseren früheren Gegnern die Hand geben, es muß wieder ein Strich gezogen werden unter die traurigste Zeit der Weltgeschichte.

Man sagt, ich meine es nicht ehrlich. Ich sage, was soll ich denn tun, daß Ihr uns glaubt? Meine Volksgenossen, ich glaube, in einer solchen Zeit muß man sehr hart sein und darf vor allem von seinem Recht keinen Zentimeter abweichen.

Ich bin der Ueberzeugung, daß alle Probleme des Lebens, wenn verschiedene Partner in die Erscheinung treten, nur gelöst werden können, wenn die Partner gleichberechtigt sind. Es ist ja auch im Wirtschaftsprozeß so. Stellt Euch vor, daß im Wirtschaftsprozeß ein Partner, ob Unternehmer oder Arbeiter, überhaupt ohne Recht ist und der andere besitzt alles Recht und alle Macht. Ihr wißt selbst, daß dann kein erträglicher Vertrag und kein erträglicher Zustand möglich ist.

Im Völkerleben ist es genau so. Es geht nicht an, daß ein Volk alle Rechte hat und das andere Volk hat überhaupt kein Recht. Das geht nicht! Wenn irgend etwas den Frieden erschüttert und Unfrieden erzeugt, dann ist es eine solche ungleiche Verteilung des Rechts, im Leben des einzelnen sowohl, als im Völkerleben. Und ich, ich würde ein Lügner werden am deutschen Volk, wenn ich ihm eine wirtschaftliche Verbesserung seiner Lage versprechen würde, ohne zugleich auch seine Gleichberechtigung in der Welt zu fordern. Das eine geht nicht ohne das andere, und ich kann Ihnen sagen, daß ich auch hier nur das Recht der deutschen Nation vertrete. Solange ich auf diesem Platz stehe, werde ich mich so aufführen, daß mir keiner sagen kann: Du hast früher anders geredet, als Du jetzt handelst.

Man sage mir nicht: Ja, was heißt denn Ehre? Meine Arbeiter! Ehre heißt in diesem Falle gleiches Recht, und gleiches Recht heißt die Möglichkeit, auch seine Interessen vor den anderen vertreten zu können.

Wenn die Welt diktieren will, dann ohne meine Unterschrift. Und wenn die Welt sagt: Ja, wir sind dazu deshalb gezwungen, weil wir Euch nicht trauen können. Wieso? Wann hat das deutsche Volk jemals sein Wort gebrochen! Es hat leider meistens sein Wort zu hartnäckig und allzu treu gehalten. Hätten wir im Weltkriege nicht so stur

und so treu zu unseren Verbündeten gestanden, dann wäre Deutschland vielleicht besser gefahren. Wir protestieren dagegen, daß man den Charakter eines Volkes nach seinen Emigranten beurteilen will. Wir beurteilen auch nicht die anderen Völker nach denen, die bei uns über ihren Staat schimpfen. Wir beleidigen nicht Engländer und Franzosen nach irgendeinem Hergelaufenen, der hier genau so wenig zu Hause ist, wie vorher in Paris und morgen in London. Das sind nicht die wertvollen Elemente einer Nation. Wertvoll sind die, die da sind, die arbeiten und schaffen und nicht die internationalen Zigeuner. Dieser Clique setze ich das Bekenntnis der ganzen Nation und meine eigene Erklärung entgegen. Deshalb dieser Appell zum 12. November.

Viele Jahrhunderte hindurch hat das Ausland damit gerechnet, in Deutschland Verbündete zu haben. Erst waren es charakterlose Fürsten, die eiskalt ihre Völker verrieten, dann sind es Parteien gewesen, Weltanschauungen. Immer haben sie Verbündete gehabt. Jetzt will ich den Gegnern zeigen, daß sie keine Verbündeten mehr in Deutschland haben. Was heute sich verbunden fühlt, ist das Volk selbst unter sich. Jahrhundertelang hat es sein Schicksal versucht in Uneinigkeit und hat grauenhafte Ergebnisse geerntet. Ich denke, daß wir jetzt das Schicksal versuchen in Einigkeit, daß wir jetzt den Versuch unternehmen, unser Schicksal zu gestalten in einer unzertrennlichen Volksgemeinschaft.

Ich bin dafür in Deutschland der Garant, daß diese Gemeinschaft nicht zugunsten einer Seite unseres Volkes ausschlägt. Ihr könnt mich als den Mann ansehen, der keiner Klasse angehört, der keinem Stand angehört, der über all dem steht. Ich habe nichts als die Verbindung zum deutschen Volk. Für mich ist hier jeder ganz gleich. Was interessieren mich die Intellektuellen, was interessieren mich die Bürgerlichen, was Proletarier. Mich interessiert nur das deutsche Volk. Ganz allein ihm gehöre ich und dafür setze ich mich ein.

Und dieses deutsche Volk will ich am 12. November der Welt vorführen, so wie es ist! Sie sollen sehen, daß das, was ich erkläre, nicht die Sprache eines einzelnen ist, sondern daß das ganze Volk wie ein Mann dahinter steht.

Genau so bitte ich Sie auch: Treten Sie ein für diesen Begriff des gleichen Rechts, so wie Sie selbst kämpfen mußten und gekämpft haben für das eigene Recht als deutsche Arbeiter. Ebenso müssen wir heute kämpfen für das Lebensrecht unseres ganzen Volkes, müssen eintreten dafür und dürfen nicht selbst unsere Ehre, unser gleiches Recht preisgeben. Danach müssen Sie meinen Entschluß verstehen, wenn ich den hohen internationalen Mächten nun erkläre: Wir sind gern bereit, an jeder Konferenz mitzuwirken, wir sind gern bereit, an jedem internationalen Vertrag mitzuwirken — aber immer nur als Gleichberechtigte.

Ich habe mich niemals als Privatmann in eine vornehme Gesellschaft eingedrängt, die mich nicht haben wollte, oder die mich nicht als gleichwertig ansah. Ich benötige sie dann nicht und das deutsche Volk hat genau soviel Charakter. Wir sind nicht irgendwo als Schuhputzer, als Minderwertige beteiligt. Nein, entweder gleiches Recht, oder die Welt sieht uns auf keiner Konferenz mehr.

Heute hat das Schicksal mir nun mehr Macht gegeben, als sie viele Jahrzehnte vorher ein Kanzler in Deutschland besaß. Ich kann nicht preisgeben, wofür ich viele Jahre gekämpft habe, und wenn ich Euch auffordere, am 12. November einzutreten, Mann für Mann für mich zu stimmen, für diesen Entschluß, für diesen Reichstag, so könnt Ihr

nicht sagen: Das brauchst Du. Ich brauche das persönlich wirklich nicht. Ich könnte darauf Verzicht leisten. Ich habe noch für dreieinhalb Jahre Generalvollmacht. Ich stehe fest. Nicht ich brauche es, das deutsche Volk braucht es, Ihr selber braucht es. Eure Arbeit braucht es. Ihr werdet jetzt vor die Welt treten, mit mir und hinter mir und feierlich erklären: Wir wollen nichts anderes als Frieden, wir wollen nichts anderes als Ruhe, wir wollen nichts anderes, als uns unseren Aufgaben widmen. Wir wollen unser gleiches Recht und lassen uns nicht unsere Ehre von irgend jemand nehmen.

Wenn wir das am 12. November tun, und wenn die ganze Nation hier ihre Pflicht erfüllt, dann wird damit, zum ersten Male vielleicht in der deutschen Geschichte, der ganzen Welt klar, daß sie nun anders mit uns verkehren muß, daß sie nicht mehr hoffen kann auf unsere Uneinigkeit und Zersplitterung, daß sie sich abfindet mit dem, was ist, nämlich mit dem deutschen Volk."

Diese Rede des Führers in Siemensstadt wird unvergeßlich bleiben — der größte Arbeiter der Nation sprach zu seinen Arbeitskameraden, der Führer zu seiner Gefolgschaft.

Aufruf des Reichspräsidenten

Am Vorabend der Abstimmung richtete auch der Reichspräsident einen Aufruf an das deutsche Volk, einen Appell an die nationale Einheit und an die Verbundenheit aller Volksgenossen mit der Reichsregierung.

Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk

Und die Reichsregierung als solche hatte ebenfalls einen Aufruf an das deutsche Volk gerichtet, dessen Schlußsätze — als Frage an jeden einzelnen Volksgenossen formuliert — auch der Stimmzettel zur Volksabstimmung trug:

„Billigst Du, deutscher Mann und Du, deutsche Frau, die Politik Deiner Reichsregierung und bist Du bereit, sie als den Ausdruck Deiner eigenen Auffassung und Deines eigenen Willens zu erklären und Dich feierlich zu ihr zu bekennen?"

Abstimmungsergebnis

Und das deutsche Volk antwortete am 12. November mit einem starken und einmütigen „Ja"!

Bei einer Wahlbeteiligung von 96% stimmten 40,6 Millionen Volksgenossen — also 95% aller Wahlberechtigten — mit „Ja"!

Ergebnis der Reichstagswahl

Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum Reichstag wählten 39,6 Millionen Volksgenossen — also 92,2% — die Einheitsliste der NSDAP, die damit 661 Abgeordnete in den neuen Reichstag entsandte.

Die aufgelösten Landtage wurden nicht wieder neugewählt. —

Das deutsche Volk hatte in einzig dastehender Geschlossenheit die Politik seiner Regierung und die Forderung nach Frieden und Gleichberechtigung vor aller Welt bejaht. —

Besserung der deutsch-englischen Beziehungen

Die infolge der Ereignisse (die Deutschlands Ausscheiden aus dem Völkerbund veranlaßt hatten) gespannte Lage zwischen Deutschland und England erfuhr inzwischen eine baldige Besserung. Am 20. Ok-

tober hatte die englische Regierung ein Weißbuch über die Genfer Verhandlungen am 14. Oktober in der Abrüstungsfrage veröffentlicht. Als Zweck der Veröffentlichung bezeichnete man den Wunsch, die Kontroverse zwischen Sir John Simon und Freiherrn von Neurath in den Hintergrund treten zu lassen und eine günstigere Atmosphäre für eine weitere Behandlung der Abrüstungsfrage zu schaffen. Gleichzeitig nahm Simon die Verhandlungen mit den Botschaftern von Italien, Frankreich und Deutschland wieder auf. Am 7. November hielt Simon im Unterhaus eine Rede über die Abrüstungsfrage, in der er zwar die bekannte und von Neurath abgelehnte englische Stellungnahme beibehielt und sich auch sonst einige Entstellungen zuschulden kommen ließ, immerhin aber zum Schluß der Hoffnung Ausdruck gab, die von Hitler und Neurath abgegebenen Erklärungen möchten zu einer baldigen Wiederaufnahme der deutsch-französischen Fühlung führen. —

Englisches Weißbuch

Simon spricht vor dem Unterhaus

Das Wahlergebnis vom 12. November, das ein fast 100prozentiges Vertrauensvotum des deutschen Volkes zu seiner Regierung darstellte, brachte dem Ausland die zweite Ueberraschung. Man erkannte in London und Paris die Notwendigkeit, sich mit der einmütigen Geschlossenheit Deutschlands als gegebener Tatsache abzufinden. Plötzlich war man „zu Verhandlungen bereit". MacDonald, der für sich in Anspruch nehmen darf, führend mitgearbeitet zu haben an der Fünfmächteerklärung der Abrüstungskonferenz vom 11. Dezember 1932, die die grundsätzliche — allerdings nur auf dem Papier stehende — Gleichberechtigung Deutschlands anerkannte, trat in seiner Rede vom 13. November im Unterhaus wieder einmal für die Schaffung einer neuen Sicherheitsgarantie (Verzicht der Mächte auf Gewaltanwendung) ein und richtete an Deutschland das Angebot, mit den anderen Mächten zu verhandeln. Die französische Presse plädierte fast durchweg für eine Wiederaufnahme des Weges der direkten Aussprache, den Briand in Thoiry beschreiten wollte. Auch die Ausführungen des französischen Außenministers Paul-Boncour in der Kammer enthielten die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mit Deutschland, — allerdings unter der Voraussetzung, daß alle Sonderabmachungen in den Völkerbund einmündeten. Interessant ist immerhin auch, daß Paul-Boncour auf den Artikel 213 des Versailler Vertrages zu sprechen kam, der bekanntlich folgenden Wortlaut hat:

Das Ausland zum Wahlergebnis

„Solange der gegenwärtige Vertrag in Kraft bleibt, verpflichtet sich Deutschland, jede Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkerbundes mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet."

Der französische Außenminister bemerkte dazu, dieser Artikel könne ein allgemeines Abkommen über die Herabsetzung der Rüstungen nicht

ersetzen. — Am 22. November veröffentlichte der „Matin" eine Unterredung, die der Außenpolitiker des französischen Wirtschaftsblattes „L'Information", de Brinon, mit Reichskanzler Adolf Hitler gehabt hatte. Auch hier wieder betonte der Führer den unbedingten Friedenswillen des deutschen Volkes und seinen Wunsch nach Aussprache und Verständigung. Der Reichskanzler gab abschließend seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Frage des Saargebietes, das deutsches Land sei, geregelt und Deutschland und Frankreich nicht in Gegensatz bringen werde.

Hitler-Interview mit de Brinon

„Elsaß-Lothringen ist keine Streitfrage",

stellte Adolf Hitler fest und fuhr fort:

„In Europa besteht nicht ein einziger Streitfall, der einen Krieg rechtfertigt. Alles läßt sich zwischen den Regierungen der Völker regeln, wenn sie das Gefühl ihrer Ehre und Verantwortlichkeit besitzen. Es gibt ein vom vaterländischen Geist beseeltes Polen und ein nicht weniger an seinen Traditionen hängendes Deutschland. Zwischen ihnen bestehen Differenzen und Reibungspunkte, die auf einen schlechten Vertrag zurückgehen, aber nichts, was wert wäre, kostbares Blut zu vergießen; denn es sind immer die Besten, die auf den Schlachtfeldern fallen. Deshalb ist zwischen Deutschland und Polen ein gutnachbarliches Abkommen möglich.

Man beleidigt mich, wenn man weiterhin erklärt, daß ich den Krieg will...."

Deutschenverfolgung in der Tschechei

Neben Oesterreich war es in dieser Zeit vor allem die Tschechoslowakei, in der nationalsozialistisch gesinnte deutsche Männer Verfolgungen und Beschimpfungen ausgesetzt waren. Die sudetendeutschen Volksteile, die durch die unseligen Verträge zwangsweise der Tschechei einverleibt worden waren, hatten stärkste Belastungsproben zu bestehen. Prozesse, die mit unglaublichen Urteilen endeten, die rücksichtslose Knebelung von dreieinhalb Millionen Deutschen wirkten sich sehr nachteilig auf die deutsch-tschechischen Beziehungen aus. In dieser Hinsicht interessieren die Aeußerungen, die der tschechische Außenminister Dr. Benesch, der Vorkämpfer frankophiler Balkanpolitik, am 31. Oktober machte. Er setzte sich darin mit der durch Deutschlands Austritt aus Völkerbund und Abrüstungskonferenz geschaffenen Weltlage auseinander. Zum Schluß seiner Ausführungen, die im übrigen nichts Neues bringen, und von dem gewohnten antirevisionistischen und völkerbundsfreundlichen Standpunkt Prags ausgehen, kam Benesch auf das deutsch-tschechische Verhältnis zu sprechen und sagte: „... Wir ändern nichts an unserem bisherigen guten und korrekten Verhältnis zu unserem deutschen Nachbarn und hoffen dasselbe auch von der anderen Seite." Man wußte nicht, ob man die Feststellung der „guten und korrekten" Beziehungen ernst nehmen, bzw. in Beneschs Ausspruch ein gutes Omen für die Zukunft erblicken sollte. —

Unsinnige „Enthüllungen“, die geeignet waren, die Beziehungen Deutschlands zur Schweiz zu vergiften, fanden sehr bald ihre Erledigung. Die Gerüchte, die von deutschen Durchmarschplänen durch die Schweiz wissen wollten, wurden von Reichswehrminister von Blomberg als Lügen entlarvt und einwandfrei widerlegt. Blomberg bewies, daß ein militärischer Durchmarsch durch die Schweiz zum Zwecke eines Angriffs auf Frankreich strategisch eine Wahnsinnstat wäre, ganz abgesehen davon, daß sie in krassem Gegensatz zu Hitlers oft genug betontem Friedenswillen stände.

Widerlegung angeblicher Enthüllungen über deutsche Durchmarschpläne in der Schweiz

Damit war auch dieser Versuch europäischer Brunnenvergifter, das nationalsozialistische Deutschland in Mißkredit zu bringen, gescheitert. —

In dieser Zeit ergab sich auch die Möglichkeit einer freundschaftlichen Ausgestaltung der deutschen Beziehungen zur Türkei. Den Erneuerungsbewegungen in Deutschland und Italien entspricht die vor einigen Jahren erfolgte türkische Revolution, die der Türkei ein völlig anderes Gesicht gab. Die Fortschritte auf allen Gebieten, die unter der genialen Staatsführung eines Mustapha Kemal Pascha erzielt wurden, nötigten der Welt Bewunderung und Hochachtung ab. Das zehnjährige Bestehen der türkischen Republik gab in Berlin Veranlassung zu einem Tee-Empfang des VDA, an dem Vizekanzler von Papen, der preußische Justizminister Kerrl und zahlreiche diplomatische Vertreter des Auslandes teilnahmen. Die Veranstaltung festigte die bestehende deutsch-türkische Freundschaft, die untrennbar mit der Waffenkameradschaft von 1914—1918 verbunden bleibt. Diesem Gedanken gab auch der türkische Botschafter Kemaleddin Sami-Pascha Ausdruck, wobei er des „Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls von Hindenburg und des Friedensfreundes und Staatsmannes Adolf Hitler“ gedachte. —

Deutschland und die Türkei

Ein weiterer Besuch in der italienischen Hauptstadt gab dem Ministerpräsidenten Göring Gelegenheit, Mussolini den Dank des deutschen Kanzlers für seine Bemühungen um eine gerechte Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu überbringen. Ueber die Unterredung zwischen Göring und dem Duce am 7. November im Palazzo Venezia ist folgende amtliche Verlautbarung ausgegeben worden:

Weiterer Besuch Görings in Rom

> „Der Chef der italienischen Regierung hat im Palazzo Venezia Reichsminister Göring empfangen, der ihm einen Brief überbrachte, mit dem Reichskanzler Hitler ihm für seine zugunsten einer gerechten Regelung der internationalen Beziehungen entfaltete Tätigkeit den Dank ausspricht und die Stellung der Reichsregierung in Sachen der Abrüstung darlegt, die Reichsminister Göring in einer langen herzlichen Aussprache ausführlich erläutert hat.“ —

Die guten Beziehungen, die das neue Deutschland mit dem faschi-

stischen Italien unterhielt, sind mit in erster Linie das Verdienst Hermann Görings, der es damals verstand, durch die gewinnende Macht seiner Persönlichkeit und durch staatsmännisches Geschick eine freundschaftliche Uebereinstimmung Italiens und Deutschlands in wesentlichen Fragen der europäischen Politik herzustellen. —

Deutschland und Dänemark

Dagegen ist das Verhältnis Deutschlands zu seinem nördlichen Nachbarn Dänemark seit dem Versailler Diktat durch die Nordschleswiger Grenzziehung nie ein sehr gutes gewesen. Nachdem in Deutschland der Marxismus abgewirtschaftet und Adolf Hitler die Leitung des Staatsschiffes übernommen hatte, wuchs das Mißtrauen in Dänemark krankhaft an. Der Marxismus, der es verstanden hatte, das von jeher demokratisch gesinnte dänische Volk parteimäßig einzufangen und zur Regierung zu gelangen, verlor plötzlich eine starke Stütze, als die Mutterorganisation in Deutschland, die SPD, zusammenbrach. Unterstützt von „Flüchtlingen" aus Deutschland, die das sinkende Schiff beizeiten verlassen hatten, zog die dänische Sozialdemokratie im Rahmen der antideutschen Weltpropaganda eine Hetzkampagne gegen das Hitlerdeutschland auf. Die Grenzfrage im Süden — seit jeher „das" Problem der dänischen Außenpolitik — und das gespannte deutsch-dänische Wirtschaftsverhältnis dienten als willkommene Vorwürfe zum Feldzug gegen das nationalsozialistische Deutschland. Um sich gegen die deutsche „Bedrohung" zu schützen, wollte man sogar eine solidarische nordische Einheitsfront mit den skandinavischen Staaten bilden. Gegen diese durch nichts begründeten „Abwehr"bestrebungen wandte sich am 2. November der deutsche Vorkämpfer in Dänemark, Pastor Schmidt-Wodder, im Folkething, dem Parlament Dänemarks, und stellte fest, daß es dem neuen Deutschland fern läge, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der nordischen Staaten anzugreifen. Zu den Abwehrbestrebungen Dänemarks gegen den Nationalsozialismus in Nordschleswig erklärte er, daß der Nationalsozialismus eine geistige Bewegung sei, die das ganze deutsche Volk auch über die Grenzen hinaus angehe. Natürlich könne man verlangen, daß sich der Nationalsozialismus nicht gegen den dänischen Staat richte, aber dies sei auch niemals geschehen. — Daß bei dem großen Umschmelzungsprozeß in Deutschland auch das Auslandsdeutschtum vom nationalsozialistischen Gedankengut erfaßt wurde, ist nur selbstverständlich und im Sinne einer Verständigungspolitik sogar wünschenswert.

Deutschland und Estland

In Estland kam es anläßlich der Neuorganisation der Deutsch-Baltischen Partei unter Anlehnung an nationalsozialistische Gedankengänge zu Protest- und Abwehrmaßnahmen der estländischen Regierung. Am 26. November hatte sich die „Deutsch-Baltische

Partei“ in Estland durch die Wahl des Rittmeisters von Zur Mühlen zum ersten Vorsitzenden offen zum baltischen Nationalsozialismus bekannt. Zur Mühlen, der 1918 und 1919 Schulter an Schulter mit den jungen Estländern im Baltikum gekämpft hatte, stand jahrelang in Opposition zum demokratisch-parlamentarischen Aufbau der estländischen Verfassung und der im gleichen Fahrwasser segelnden politischen Führung seiner Landsleute. Er erkannte im Führergrundsatz und den anderen großen Gedanken des deutschen Nationalsozialismus die geeigneten Grundlagen für einen Neubau des baltischen Deutschtums, wobei er allerdings an eine eigene Prägung des deutsch-baltischen Nationalsozialismus dachte. Die in diesem Sinne durchgeführte Neuorganisation der Deutsch-Baltischen Partei fand in der estländischen Oeffentlichkeit ein sehr unfreundliches Echo. Trotzdem sich Estland in seinem Verhalten dem Deutschtum gegenüber — im angenehmen Gegensatz zu der leider schon fast sprichwörtlich antideutschen Stimmung in Litauen und Lettland — bisher immer loyal und sachlich verhalten hatte, und obwohl Zur Mühlen versucht hatte, gute Beziehungen zu dem national-estländischen Verband der „Freiheitskämpfer“ anzuknüpfen, verlangte das Parlament am 6. Dezember einstimmig die Auflösung der Deutsch-Baltischen Partei, Verbot ihrer Zeitung, Ausweisung aller „Nationalsozialistischen Agenten“, Ausmerzung der nationalsozialistischen Propaganda aus Heer, Polizei und Behörden, Revision des Gesetzes über die Kulturselbstverwaltung durch verstärkte Staatsaufsicht über diese Verwaltung und Ausscheidung aller nationalsozialistisch eingestellten Personen aus der deutschen Kulturselbstverwaltung. Außerdem wurden zahlreiche Haussuchungen bei Anhängern der deutsch-baltischen nationalsozialistischen Bewegung durchgeführt. Zur Mühlen wurde von der politischen Polizei in Haft genommen. Damit war dem Deutsch-Baltentum ein empfindlicher Schlag versetzt worden. Auch hier hatte man den Sinn der Worte des Führers in seinen Reden an die Welt noch nicht erfaßt.

Der polnische Gesandte Lipski beim Führer

Dagegen war eine merkliche Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen festzustellen. Folgendes Kommuniqué wurde am 15. November in Berlin über Besprechungen, die der Reichskanzler mit dem neuernannten polnischen Gesandten Lipski gehabt hatte, veröffentlicht:

„Die Aussprache über die deutsch-polnischen Beziehungen ergab volle Uebereinstimmung beider Regierungen in der Absicht, die die beiden Länder berührenden Fragen auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen in Angriff zu nehmen und ferner zur Festigung des Friedens in Europa in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten.“

Wenige Monate vorher wäre es noch undenkbar gewesen, daß Deutschland und Polen sich in dieser Weise an einen Verhandlungstisch setzten. Jetzt war es Wirklichkeit geworden. Das Vertrauensvotum des deutschen Volkes am 12. November hatte die deutsche Regierung in ihrer Politik nach innen und außen wesentlich gestärkt. Hinter jeder Erklärung, die sie abgab, stand geschlossen das deutsche Volk. Jeder Friedenspakt, den der Nationalsozialismus abschloß, fand die verbriefte Billigung der ganzen Nation. So konnte man keinen besseren Zeitpunkt wählen für die längst geplante Fortsetzung der vor etwa zwei Monaten durch den Besuch des damaligen Gesandten Wysocki eingeleiteten deutsch-polnischen Fühlungnahme. Die in aufrichtigem Geiste geführten Verhandlungen gelangten zu einem greifbaren Ergebnis: Die ausgesprochene Aechtung jeder Gewaltanwendung öffnete den Weg zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Daß man in Paris wenig Verständnis für eine solche Neugestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen hatte, war zu erwarten. Frankreich fürchtete ein Herausbrechen Polens aus der frankophilen Front. Und doch entsprang diese „Eigenmächtigkeit" Polens nur dem vernünftigen Wunsche, auf dem Wege friedlicher Mittel die bestmögliche Lösung der zwischen Polen und Deutschland stehenden Fragen zu finden. Und in England begrüßte man daher auch diesen Schritt politischer Einsicht und praktischer Friedensliebe. Die polnische Meinung ging am besten aus einem Kommentar der offiziösen „Gazeta Polska" zu der Unterredung Hitler-Lipski hervor, in dem es hieß:

„... Eine der hauptsächlichsten Lücken des Locarnovertrages ist gestern ausgefüllt worden. Die Bedeutung des Aktes vom 15. November für den Frieden der Welt ist nicht zu leugnen, je mehr die tägliche Praxis in den Beziehungen der beiden Länder, je mehr die geistige Einstellung der Massen, denen der gestrige Akt den Frieden zu sichern wünscht, dem Buchstaben und dem Geist dieses dem Frieden hervorragend dienenden Uebereinkommens, wie es die Nichtangriffserklärung darstellt, entspricht, um so bedeutungsvoller wird dieser Akt für die Wiederherstellung der Sicherheit und des Vertrauens in Europa und außerhalb Europas sein. Die Erklärung des Kanzlers im Mai muß als erster Schritt in dieser Richtung betrachtet werden, in der die Nichtangriffserklärung der nächste und bestimmtere Schritt ist."

Dr. Rauschning zum zweitenmal in Warschau

In der gleichen Linie lag der zweite Besuch des Danziger Senatspräsidenten Dr. Rauschning in Warschau. Seine Besprechungen mit Marschall Pilsudski, Außenminister Beck und den polnischen Wirtschaftsressorts dienten vor allen Dingen einer befriedigenden Regelung der wirtschaftlichen Wechselbeziehungen beider Staaten, wie es auch in dem gemeinsam formulierten Kommuniqué zum Ausdruck kommt:

„In Fortsetzung der Bemühungen beider Regierungen, die zwischen Danzig und Polen schwebenden Fragen in ihrer Gesamtheit zu lösen, stattete Präsident Dr. Rauschning am 11. und 12. Dezember einen Besuch in Warschau ab.

Gegenstand der Aussprache waren vornehmlich die Voraussetzungen für eine dauernde Befriedung des Verhältnisses zwischen Danzig und Polen. Außerdem wurde auch eine Reihe von Streitfragen, die bisher noch nicht durch die Völkerbundinstanzen entschieden sind, erörtert. Die Aussprache ergab Uebereinstimmung in dem Ziel, die wirtschaftlichen Beziehungen so zu gestalten, wie sie der Gemeinsamkeit des Wirtschafts- und Zollgebiets entsprechen, wobei die besondere Struktur der Freien Stadt durch geeignete Maßnahmen berücksichtigt werden könnte. Die stattgefundenen Besprechungen werden die Basis für demnächst aufzunehmende Verhandlungen der Sachbearbeiter bilden, wobei die Lösung der noch offenstehenden Fragen im beiderseitigen Einvernehmen angestrebt wird."

Charakteristisch für das gutnachbarliche Verhältnis, das sich seit dem Amtsantritt des neuen Senatspräsidenten zwischen Danzig und Polen entwickelt und seinen Ausdruck in dem Verständigungsabkommen vom 5. August gefunden hatte, war der Empfang Rauschnings bei Marschall Pilsudski, dem polnischen Staatsoberhaupt. Die ein- bis zweistündige Unterredung, die im Belvedere-Schloß in Anwesenheit des Außenministers Beck stattfand, ist in Anbetracht der Tatsache, daß der Marschall diese Ehre nur sehr wenigen Diplomaten zuteil werden läßt, der beste Beweis, welche Sympathien sich Rauschning in kurzer Zeit in Warschau erworben hatte. Mit Recht hat man darauf hingewiesen, daß es die offene und ehrliche Art seiner Politik war, die ihm Achtung und Anerkennung eingebracht haben. Es ist das Wesen der nationalsozialistischen Politik, daß sie sich von jeder Winkeldiplomatie fernhält.

Heimwehrmord an einem Reichswehrsoldaten

Dagegen führte die Politik der österreichischen Regierung Dollfuß zu einer immer gefährlicheren Hetze gegen das neue Deutschland. Am 27. November mußte der von Heimwehrleuten erschossene Reichswehrsoldat Schuhmacher zu Grabe getragen werden — in Gegenwart des Führers, des Reichswehrministers und vieler Vertreter der Partei, der Reichswehr und der Regierung. — Drei Heimwehrleute hatten in der Nähe der Grenze einen Feuerüberfall auf eine Reichswehrabteilung eröffnet, mit der später abgegebenen, ebenso falschen wie fadenscheinigen Behauptung, die deutschen Soldaten hätten die österreichische Grenze überschritten. Nach den einwandfreien — schließlich auch von österreichischer Seite anerkannten — Feststellungen der deutschen Gerichtskommission befand sich jedoch Schuhmacher mit seinen Kameraden auf reichsdeutschem Gebiet, als der tödliche Schuß ihn traf. Der Feuerüberfall der Heimwehrleute — ohne triftigen Grund und nur aus Haß geboren — traf das ganze deutsche Volk diesseits und jenseits der Grenzen. Der Reichswehrminister sagte am Grabe u. a.:

„Wir dürfen ihn nennen einen Blutzeugen für das Werden unseres neuen Deutschen Reiches. Neben aller Trauer bewegt uns Soldaten der Gedanke, daß es gut ist, wenn ein Soldat für dieses neue Reich sterben mußte. Eins ist sicher, wer als Soldat für unser Reich stirbt, der ist nicht umsonst gestorben."

Und der Führer rief in seiner Ansprache aus:

„... Die Mörder dieses deutschen Soldaten sind nicht identisch mit den Millionen unserer Stammesbrüder jenseits der Grenze. Würden diese Stammesbrüder die Möglichkeit besitzen, ihre Stimme frei zu erheben, so würden sie sich feierlich lossagen von den Mördern und den Prinzipien, aus denen diese Blutschuld erwuchs. Ich bin überzeugt, daß das Bekenntnis auch drüben kein anderes sein würde, als es hier im Reich heute bereits ist. Deshalb aber darf für uns dieser Opfertod nicht eine Quelle neuer Erbitterung, sondern muß zu einem Zeugen des Glaubens werden, zu einem Zeugen für diese neue deutsche Gemeinschaft." —

Der französische Botschafter Poncet beim Führer

Die allseitig sich anbahnende Bereitschaft, in direkte Verhandlungen einzutreten, führte am 24. November zu einer ersten Fühlungnahme zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Botschafter in Berlin François Poncet. Diese Aussprache, über die zwar kein Kommuniqué ausgegeben wurde, in der aber zweifellos die Abrüstungs- und die Saarfrage angeschnitten wurde, verlief — französischen Pressestimmen zufolge — in einer „herzlichen Atmosphäre". Erschwert wurden jedoch die deutsch-französischen Verhandlungen durch die Ministerkrise, in die Frankreich durch den ständigen Kabinettswechsel geraten war. Im übrigen lehnte man in Paris jedes vermittelnde Eingreifen dritter Staaten (England, Italien) in die zweiseitigen Besprechungen brüsk ab, da man sonst zu Verhandlungen innerhalb des Viererpaktes gelange, die — nach französischer Meinung — nichts lösen, sondern die internationale Lage nur noch verwickelter gestalten würden.

Die Sitzung des französischen Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten am 6. Dezember zeigte klar, wie sehr die Außenpolitik Frankreichs unter den unsicheren parlamentarischen Verhältnissen im eigenen Lande zu leiden hatte. Die krampfhaften Bemühungen, eine parlamentarische Mehrheit zu erhalten, ließen der Regierung keine Bewegungsfreiheit in außenpolitischer Hinsicht. Ein krasses Beispiel, wie eng Innen- und Außenpolitik eines Landes miteinander verquickt sind. Die vom Ausland oft bemängelte „innenpolitische Richtung der deutschen Außenpolitik", die ihren moralischen Rückhalt immer wieder in der Geschlossenheit des hinter ihr stehenden, im Inneren befriedeten Volkes findet, stellt in Wirklichkeit einen ungleich stärkeren und stetigeren Faktor in der europäischen Politik dar, als die schwankende, lavierende „Realpolitik" einer ständig wechselnden

Regierung, die im Kampf um ihre Existenz gerade auf innerpolitische Konstellationen Rücksicht nehmen muß. — Die am 24. November begonnenen Besprechungen zwischen Reichskanzler Adolf Hitler und François Poncet fanden am 11. Dezember in Gegenwart des Reichsaußenministers ihre Fortsetzung. — Die deutsch-französisch-englischen Verhandlungen über die schwebenden Fragen sind in vollem Gange. Wie bei der ersten Berliner Zusammenkunft Hitler-Poncet im November, findet auch diesmal eine gleichzeitige Fühlungnahme des deutschen Botschafters in Paris, Dr. Köster, mit dem Quai d'Orsay statt. Und während Lord Tyrrell, englischer Botschafter in Paris, nach London fährt, um pro-französisch zu intervenieren, geht Henderson neue Wege, indem er bestreitet, daß Deutschland für den Mißerfolg der Abrüstungskonferenz verantwortlich zu machen sei. Die am 5. Dezember erfolgte Aussprache des Führers mit dem neuernannten englischen Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps, hat ebenfalls zu einer freundschaftlichen Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen beigetragen. —

Deutsch-französisch-englische Verhandlungen

Um den Gerüchten einer bestimmten, von deutschen Emigranten mit Lügenstoff versehenen und von der Rüstungsindustrie bezahlten Auslandspresse endgültig die Spitze abzubrechen, sprach der damalige Stabschef der SA am 7. Dezember vor Vertretern der europäischen Mächte und der Auslandspresse über Wesen und Aufgaben der SA und widerlegte in seinem Vortrag die unsachlichen und gehässigen Behauptungen von einer Militärähnlichkeit der SA.

Die SA in den Augen des Auslands

Trotz deutscher Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung konnte eine wirkliche Sinnesänderung der französischen Politik nicht festgestellt werden. Reichskanzler Adolf Hitler hatte dem Standpunkt Ausdruck gegeben, daß bei dem unzweifelhaft voraussehbaren Ausfall der Saarabstimmung ein Verzicht auf die Abstimmung überhaupt von seiten Frankreichs das beste Mittel sei, um Verstimmungen zu vermeiden. „Nichts trennt Deutschland und Frankreich außer der Saarfrage." Man hatte diese offene Geste Adolf Hitlers in Paris nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Die Gegner der deutsch-französischen Verständigung benutzten die Saarfrage, um aus ihr ein Kampfobjekt zu machen. Werkzeuge der europäischen Giftmischer waren diesmal die Herren Fribourg und Herriot, deren Bemühungen hauptsächlich der Beschluß der außenpolitischen Kommission der französischen Kammer vom 29. November zu verdanken ist, „die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Notwendigkeit zu lenken, beim Völkerbund dahin zu wirken, daß der Bevölkerung des Saargebietes Recht und Sicherheit aus den Verträgen sowie volle Abstimmungsfreiheit gewahrt bleibt". Man lehnte also eine Rück-

Die Saarfrage

gliederung des Saargebietes an Deutschland ohne Abstimmung ab. Daß bei einer Volksabstimmung ein nahezu 100prozentiger deutscher Sieg feststeht (die vernichtende Niederlage der Separatisten und Sozialdemokraten bei den Gemeindewahlen in Ludweiler, Karlsbrunn und Naßweiler am 2. Juli hatte das erneut bewiesen) und damit ein empfindlicher Prestigeverlust Frankreichs verbunden sein würde, den man im Interesse einer deutsch-französischen Verständigung sowohl auf deutscher wie auf einsichtiger französischer Seite gerne vermieden hätte, wußte man natürlich. Aber gerade darauf kommt es ja den Kreisen der französischen Rüstungsindustrie an: Alte Wunden wieder aufzureißen und den europäischen Frieden zu stören. — Inzwischen treibt man nach altem Rezept „Rückversicherungspolitik" und streckt seine Fühler in Richtung Brüssel, Warschau, Prag, Bukarest und Belgrad aus.

Da das ehrliche Anerbieten Deutschlands auf Verzicht einer Abstimmung im Saargebiet bei der französischen Regierung kein Gehör gefunden hatte, bereitete man sich in Deutschland auf die entscheidende Wahl im Januar 1935 vor. Der Führer ernannte den Vizekanzler von Papen zum Reichsbevollmächtigten für die Saarangelegenheiten. —

Von Papen Reichsbevollmächtigter für die Saarangelegenheiten

„Deutsche Front" im Saargebiet

Die NSDAP des Saargebiets hatte sich selbst aufgelöst, um zu bekunden, daß es im augenblicklichen Zeitpunkt nur ein Ziel gebe: Die Heimkehr zum Reich. Unter diesem Gesichtspunkt war im Saargebiet die „Deutsche Front" geschaffen worden, die alle Saardeutschen umfaßte. Diese „Deutsche Front" erhielt einen gewaltigen Auftrieb durch den Prozeß, den man ihrem führenden Mitglied Kommerzienrat Hermann Röchling machte und der am 8. Dezember mit seinem Freispruch endete. Die Anklage war gegen ihn erhoben worden, weil er in Flugblättern deutsche Eltern aufgefordert hatte, ihre Kinder nicht in die auf Veranlassung der französischen Grubenverwaltung eingerichteten französischen Schulen zu schicken. In dem freisprechenden Urteil heißt es unter anderem:

Röchling-Prozeß

> „Durch die Beweisaufnahme ist dargetan, daß in zahlreichen Fällen ein Druck auf deutsche Grubenangestellte und andere Personen ausgeübt worden ist, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken oder sie darin zu belassen."

Die Anklage gegen Röchling zerfiel in nichts. Was übrigblieb und ins helle Licht der Oeffentlichkeit trat, war die Anklage der Hunderttausende deutscher Volksgenossen, die durch den unerhörten französischen Schulterror Opfer einer leiblichen und seelischen Bedrückung ohnegleichen wurden. Die schikanösen Methoden der von Frankreich

ausgeübten saarländischen Bergverwaltung, gegen die der deutsche Bergmann seit Jahren einen heldenhaften Kampf führte, wurden öffentlich angeprangert. Röchling, dessen einziges „Verbrechen“ es war, an die deutschen Eltern den Appell gerichtet zu haben, trotz Bedrohung und äußerem Druck der Versuchung zu widerstehen und die Entfremdung und Schädigung der Jugend zu verhüten, ist in diesem Prozeß zum Wortführer der gesamten deutschen Saarbevölkerung gegen das kulturwidrige System der Saarregierung geworden. Die von Separatistenkreisen erhobenen Beschuldigungen wirkten sich letzten Endes gegen die Separatisten selbst aus. Zu den schlimmsten Friedensstörern gehörten auch die „deutschen Emigranten“, die aus dem Reiche geflüchteten Marxistenführer und Volksverhetzer des Novemberdeutschlands. Wie schamlos und volksverräterisch sie vom Ausland aus ihren Kampf gegen das neue Deutschland fortsetzten, zeigte eine aufsehenerregende Veröffentlichung der „Saarbrücker Zeitung“ vom 12. Dezember unter dem Titel: „Der Kriegsplan der Zweiten Internationale.“ Es handelt sich dabei um eine Niederschrift über die Ausschußsitzung der Internationalen Sozialistenkonferenz über deutsche Fragen in Paris (vom 21.—26. August). Die in diesem Dokument enthaltenen Berichte von Wels, Breitscheid und Höltermann schildern deren Bemühungen, mit allen Mitteln das Ausland gegen Deutschland aufzuhetzen, es zu wirtschaftlichen Repressalien und bewaffnetem Eingreifen aufzustacheln. Dieser Hetzfeldzug gegen das nationalsozialistische Deutschland war so ungeheuerlich, daß man meinen sollte, das Ausland würde von nun an darauf verzichten, dem internationalen Verbrechertum Gastfreundschaft zu gewähren. Und tatsächlich wurde man in Frankreich stutzig. Das französische Volk jedenfalls lehnte es immer mehr ab, in seinem Lande solche Elemente zu beherbergen. — Emigrantenhetze im Saargebiet

Anderseits wurde der Kampf um das Saargebiet von Frankreich mit allen Mitteln weitergeführt. Im französischen Volke wurde künstlich die irrige Meinung erzeugt, das Saargebiet sei ein politisch und kulturell neutral eingestelltes Land, das durch einige Propaganda sehr wohl an Frankreich fallen könne. Gabriele Perreux, Sonderberichterstatter des „Paris Midi“, schloß seinerzeit eine Artikelserie über die Probleme im Saargebiet mit den Worten: Französische Saarpropaganda

> „Ich behaupte, daß die Lösung des Saarproblems von der Energie und Weitsicht Frankreichs abhängt. Wenn es diese beiden Eigenschaften in den Dienst des Rechtes stellt, so kann die Volksabstimmung des Jahres 1935 für Hitler einige Ueberraschungen bringen.“ —

Das deutsche Saarvolk kämpfte unterdes weiter um seine endliche Rückgliederung an das Deutsche Reich und führte diesen Kampf in muster-

gültiger Disziplin, obwohl die Reden des Herrn Fribourg und anderer Saar„freunde“ in Paris ständig neue Herausforderungen brachten und die „Deutsche Front“ zur legalen Abwehr zwangen: Am 22. Dezember ging beim Völkerbund in Genf eine Beschwerde der Fraktion der „Deutschen Front“ (des Landesrates des Saargebietes) ein. In Form einer Denkschrift zu dem letzten Vierteljahresbericht, den die Regierungskommission an den Völkerbundsrat gerichtet hatte, wandte sich die Schrift gegen die zahlreichen Ausschreitungen und Mißstände, die zu einer „Vergiftung der politischen Atmosphäre“ führten. Die Denkschrift beginnt mit folgenden Sätzen:

Denkschrift der Deutschen Front

„Eine Reihe von Maßnahmen der Regierungskommission, die diese mit der politischen Entwicklung im Saargebiet begründet, und die dauernden schweren Konflikte zwischen ihr und dem größten Teile der Bevölkerung geben den in der „Deutschen Front“ zusammengeschlossenen Landesratsabgeordneten Anlaß, sich an den Hohen Völkerbundsrat zu wenden mit der Bitte, diese Maßnahmen einer geneigten Nachprüfung unterziehen zu wollen.“

Die Denkschrift widerlegte den genannten Vierteljahresbericht und hob hervor, daß Neuwahlen im Saargebiet jederzeit beweisen würden, daß sich die erdrückende Mehrheit der Saarbevölkerung zur Neuordnung im Reiche bekenne. Die Denkschrift betonte die Diszipliniertheit der „Deutschen Front“, die täglich anwachse und vor allem zahlreiche Uebertritte aus den Reihen der Kommunisten und Sozialdemokraten zu verzeichnen habe, und stellte demgegenüber die Bürgerkriegshetze der marxistischen Presse. Folgende Sätze beleuchteten den unberechtigten Gesinnungsterror gegen die Bevölkerung:

„Wenn sich der Präsident im Vierteljahresbericht darüber beklagt, daß sportliche Veranstaltungen entgegen formell abgegebenen Zusicherungen politischen Charakter angenommen hätten, so dürfte es sich hierbei um einige wenige Fälle handeln, bei denen sich übrigens die Reden auf ein Treuebekenntnis zur Reichsregierung beschränkt haben. Vor allem ist zu beachten, daß der Präsident ausnahmslos jede nationalsozialistische Kundgebung verbietet. Dem weitaus größten Teil der Saarbevölkerung macht er auf diese Weise jede politische Meinungsäußerung unmöglich. Umgekehrt erfreuen sich die Sozialdemokraten ungehinderter Redefreiheit und ihnen sowie den Kommunisten ist sogar die öffentliche Veranstaltung von Umzügen mit Musik, Fahnen und Reden von ihm gestattet worden.“

In der Denkschrift wurden sodann mehrere Zwischenfälle behandelt, das schamlose Verhalten der Emigranten gebrandmarkt und Protest eingelegt gegen die Verordnungen der „Regierungskommission“. Unter den angeführten Fällen sei z. B. folgender Grenzzwischenfall wiedergegeben:

„Im November dieses Jahres versuchten zwei französische Landjäger einen Einwohner von Lauterbach im Warndt, der wegen eines angeblich

in Frankreich begangenen (von ihm bestrittenen) Diebstahls von ihnen gesucht wurde, durch Anlegung eines Drahtes um den Hals mit Gewalt von saarländischem Boden aus über die saarländisch-französische Grenze zu ziehen. Als der Vergewaltigte deswegen Anzeige bei einer saarländischen Behörde erstattete, wurde er sofort im Auftrage des Präsidenten aus dem Saargebiet ausgewiesen, während von Schritten des Präsidenten zur Ahndung dieser schweren Grenzverletzung bisher nichts bekannt geworden ist. Es hat bis heute noch nicht einmal eine gemeinsame Ortsbesichtigung beider Regierungen stattgefunden. Die Spuren des Kampfes, die deutlich die Grenzverletzung bewiesen, sind jetzt, nachdem Wochen verstrichen sind, verwischt."

Die ungeheuerlichen französischen Absichten fanden ihre Kennzeichnung auch in folgenden Mitteilungen der Denkschrift:

„Verschärft wird die Lage durch gewisse Aeußerungen des Präsidenten über die Frage der Hereinführung militärischer Kräfte ins Saargebiet. Wenn der Präsident im vorigen Jahre von der Hereinrufung französischen Militärs gesprochen hat, — in die Saarpresse gedrungene Mitteilungen über derartige Aeußerungen hat er nie dementiert —, so glauben wir uns heute mit dem unmöglichen Gedanken, eine Völkerbundsregierung könne auch nur erwägen, die Volksabstimmung unter den Bajonetten einer interessierten Macht stattfinden zu lassen, nicht auseinandersetzen zu brauchen, sondern wir verstehen seine noch kürzlich einem Reporter kundgegebene Auffassung dahin, er könne unter Umständen den Einmarsch neutralen Militärs zu beantragen Anlaß nehmen. Gegen den Gedanken, fremdes Militär zur Besetzung des Saargebietes zu veranlassen, legen wir feierlich Verwahrung ein."

Die Denkschrift der „Deutschen Front" schloß:

„Die Saarbevölkerung hat seit 14 Jahren ihre Ruhe und gute Disziplin trotz aller Erschwernisse zur Genüge bewiesen, sie wahrt sie auch heute und wird sie weiterhin wahren. Soweit Ausschreitungen in Einzelfällen vorgekommen sind und weiterhin vorkommen sollten, haben sich die örtlichen Polizeikräfte stets als mehr denn ausreichend erwiesen. Wir Landesratsabgeordneten, deren Vorfahren hier gewohnt haben und deren Nachkommen hier als freie Männer wohnen sollen, glauben die Verhältnisse mindestens nicht schlechter beurteilen zu können und nicht weniger Verantwortungsgefühl für das Saargebiet zu besitzen als der Präsident der Regierungskommission. Wir wissen aber auch, daß die Bevölkerung bis zum Aeußersten Disziplin halten wird. Mit dem französischen Nachbarvolk wollen wir in friedlicher Verständigung jetzt und in Zukunft leben. Wogegen wir uns aber entschieden wehren, sind Bestrebungen einer kleinen Minderheit, in der Hauptsache aus nicht einmal abstimmungsberechtigten Personen, die nicht Versöhnung und Ausgleich, sondern eine Vergiftung der politischen Atmosphäre zur Folge haben müssen." —

Italien fordert Völkerbundsreform

Eine starke moralische Unterstützung der deutschen Außenpolitik bedeutete der ultimative Vorstoß Italiens in der Frage der Völkerbundsreform. In der Sitzung des Großen Faschistenrates, der in der Nacht vom 5. zum 6. Dezember unter dem Vorsitz Mussolinis im Palazzo Venezia stattfand, wurde die kategorische Forderung nach

einer Reform des Völkerbundes erhoben, von der das Verbleiben Italiens in Genf abhängig gemacht werden sollte. Der amtliche Bericht lautete:

> „Nach der Besprechung über die Lage des Völkerbundes beschließt der Große Rat des Faschismus, das weitere Verbleiben Italiens im Völkerbund an die Bedingung einer radikalen Reform dieser Organisation zu knüpfen, die in kürzester Frist vollzogen werden muß und die die Verfassung, die Funktionen und das Aufgabengebiet des Völkerbundes umfassen soll."

Die Forderungen Italiens nach einer Reform erstrebten im wesentlichen: Erstens die Beschränkung des Rechts der kleineren Mächte, ihre Stimme über Probleme abzugeben, die sie nur teilweise berühren, — zweitens die Vereinfachung des Völkerbundsverfahrens, da augenblicklich die endlose Hinausziehung der Erörterungen und die Vermehrung der Ausschüsse einen Fortschritt so gut wie unmöglich machten, — drittens die Befreiung des Völkerbundes vom Rahmenwerk des Versailler Vertrages und anderer Nachkriegsverträge, da dieses Rahmenwerk den Völkerbund zu einer Einrichtung für die Wahrung der Gewinne der Siegerstaaten unter der Herrschaft Großbritanniens und Frankreichs gemacht und die europäischen Nationen in zwei Gruppen, die „Besitzenden" und die „Besitzlosen", geteilt habe.

Nachdem Rußland, Amerika, Japan dem Völkerbunde nicht bzw. nicht mehr angehörten und auch Deutschland nach dem historischen Entschluß vom 14. Oktober aus dem Bunde ausgetreten war, hatte dieser energische Schritt Italiens entscheidende Bedeutung für das Weiterbestehen des Völkerbundes. Entweder mußte an ihm eine Reform an Haupt und Gliedern vorgenommen werden, mußte er aufhören eine französisch-englische Institution zu sein, die nicht der verständnisvollen Zusammenarbeit der Nationen zur Lösung der europäischen Probleme diente, sondern der Aufrechterhaltung des in den „Friedensverträgen" des Jahres 1919 geschaffenen status quo in Europa. Oder der Völkerbund blieb zu der Hilflosigkeit und Tatenlosigkeit verdammt, die er bisher bei allen Gelegenheiten (Minderheitenproblem, Ostasienkonflikt, Krieg im Gran Chaco, Abrüstung) bewiesen hatte. Dann aber war seine Existenz überflüssig. Adolf Hitler hat das Verdienst, den Stein ins Rollen gebracht zu haben. Nachdem nun auch das faschistische Italien Genf offenbar den Rücken zugekehrt hatte, war es für die verbleibenden Nationen, besonders die westlichen Großmächte, an der Zeit, zu den Reformvorschlägen Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme war zunächst vor allem in Frankreich eine mehr oder weniger ausweichende oder ablehnende. Man konnte oder wollte nicht Antwort geben auf die Frage, die Mussolini dem Völkerbund stellte. —

Fortdauer der Transferschwierigkeiten

Die bereits behandelten Transferschwierigkeiten machten eine Verlängerung des Transfermoratoriums notwendig. Und in einer großen Rede vor den Gläubigern (in Basel) setzte sich daher Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit dem Transferproblem und der gesamten Weltwirtschaftslage auseinander. Am 18. Dezember faßte der Zentralausschuß der Reichsbank den Beschluß, nur noch 30 % der für deutsche Auslandsschulden fällig werdenden Zins- und Gewinnanteilbeträge zu transferieren, wobei auch weiterhin die Zinsen- und Tilgungsbeträge für die Dawes-Anleihe von 1924 und die Zinsen für die Young-Anleihe von 1930 ausgenommen wurden. —

„Balkanverständigung" gegen Revisionismus

Der Dezember des Jahres 1933, in dem sich so viele wichtige außenpolitische Ereignisse zusammendrängten, stand ganz im Zeichen zahlreicher diplomatischer Reisen, Besuche, Unterredungen. Eine besonders rührige Tätigkeit entwickelte in diesem Monat der tschechische Außenminister Dr. Benesch. Während zur gleichen Zeit die Könige von Bulgarien und Jugoslawien sich in Belgrad trafen, kam Benesch in Kaschau mit seinem rumänischen Kollegen Titulescu zusammen, wobei Titulescu es fertigbrachte, das Wort auszusprechen: „Revision bedeutet Krieg!" Der Sinn der forcierten „Balkanverständigung" war offensichtlich. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, die Reformbestrebungen Italiens, der besonders in Ungarn um sich greifende Revisionismus hatten die Kleine Entente nervös gemacht. Die Vorträge des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen in London, in denen er für eine Revision der Verträge Propaganda machte, trugen zur Beunruhigung bei. Man fürchtete um den Bestand der Friedensdiktate, die besonders der Tschechoslowakei starken territorialen Gewinn gebracht hatten. Daß man gerade die früher zu Ungarn gehörende Stadt Kaschau zur Plattform machte, von der aus man der Welt die Verteidigung von Trianon kundtat, war eine Geschmacklosigkeit, die einer Herausforderung nahekam. Von hier aus fuhr der tschechische Außenminister als Wortführer und „Vater der Kleinen Entente" nach Paris, um dort voller Freude „das vollkommene Einvernehmen Frankreichs und der Kleinen Entente" festzustellen. Das Einvernehmen bezog sich natürlich vornehmlich auf die Ablehnung der deutschen Gleichberechtigungsansprüche und der von Italien geforderten Abänderung des Völkerbundstatuts. Die antideutsche Richtung der französischen Politik erhielt durch den Besuch Beneschs in Paris zweifellos neuen Auftrieb. —

Deutschlandreise des italienischen Unterstaatssekretärs Suvich

Friedlicheren und damit besseren Zwecken diente die Deutschlandreise des Unterstaatssekretärs im italienischen Außenministerium, Fulvio Suvich. Im amtlichen Bericht wurde als Hauptzweck der Reise „die

zahlreichen deutschen Besuche der letzten Zeit in Rom zu erwidern" angegeben. Darüber hinaus aber darf man annehmen, daß der Besuch des Abgesandten Mussolinis eine Antwort auf die französisch-tschechischen Quertreibereien sein sollte und daß er erneut die Parallelität der deutschen und italienischen Politik bezüglich der Probleme des Völkerbundes und der Abrüstung festgestellt hat. Offiziös wurde zu dem Berliner Besuch des italienischen Unterstaatssekretärs mitgeteilt, daß alle aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen in freundschaftlichem Geiste erörtert und — ohne bindende Beschlüsse zu fassen — sehr wertvolle Ergebnisse erzielt wurden. Suvichs Aufenthalt in Deutschland erstreckte sich über fünf Tage. Am Abend des 11. Dezember traf er zu kurzer Rast in München ein, wo der Vertreter des Auswärtigen Amtes ihn herzlich begrüßte. Ebenso herzlich war der Empfang, den man Suvich bei der Ankunft in Berlin seitens der deutschen Regierung und der italienischen Kolonie bereitete. Empfängen bei Reichspräsident von Hindenburg, Ministerpräsident Göring, Vizekanzler von Papen und Reichsminister Dr. Goebbels schlossen sich Besprechungen mit dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister an. Am 15. Dezember hielt sich der italienische Gast in Köln auf, blieb dann noch einen Tag in München, von wo aus Suvich die Rückreise nach Rom antrat. Man kann die Reise Suvichs als den Schlußstein der deutsch-italienischen Beziehungen des Jahres 1933 betrachten. Mit diesem „reinen Höflichkeitsakt", wie die Pariser Presse den italienischen Besuch nannte, wurde die außenpolitische Gleichrichtung der beiden innenpolitisch verwandten Staaten so verankert, daß man annehmen konnte, sie werde auch in Zukunft etwaigen Schwierigkeiten und Differenzen gewachsen sein. Die großen tragenden Pfeiler der deutsch-italienischen Freundschaft, die ein Zusammenwirken in der großen europäischen Politik gewährleisteten, hießen: Forderung nach einer Körperschaft, die an Stelle des arbeitsunfähigen Völkerbundes tritt und eine vertrauensvolle, positive Zusammenarbeit der Nationen ermöglicht; Forderung nach Abrüstung auf der Grundlage allgemeiner und sofortiger Gleichberechtigung auch der bisher rechtlosen Staaten. —

Deutschland und Rußland

Im Gegensatz zu den deutsch-italienischen Beziehungen waren die des nationalsozialistischen Deutschlands zur Sowjetunion bei der Machtergreifung zunächst Gegenstand mannigfacher Befürchtungen im Ausland gewesen. Man glaubte, die weltanschauliche Gegensätzlichkeit und der Vernichtungskampf des Nationalsozialismus gegen den Kommunismus in Deutschland würden das deutsch-russische Verhältnis nicht nur ungünstig beeinflussen, sondern zum offenen Konflikt führen. Entgegen dieser irrigen Anschauung legte Deutschland Wert auf

durchaus korrekte Beziehungen zu Rußland. Die vertraglich verankerten, vor einem Jahrzehnt gefestigten deutsch-russischen Beziehungen blieben normal wie bisher. Auch die Belastungsprobe eines schnell beigelegten Journalistenkonfliktes anläßlich des Reichstagsbrandstifterprozesses änderte daran nichts. Am 7. Dezember machte der russische Außenkommissar Litwinow auf der Rückkehr von seiner großen Reise durch Amerika und Europa in Berlin Station, allerdings ohne daß sein kurzer Aufenthalt offiziellen Charakter trug. Anläßlich dieses Besuches äußerte sich Alfred Rosenberg im „Völkischen Beobachter“ über das deutsch-russische Verhältnis. Er stellte u. a. fest:

„... Der deutsche Staat prüft die Dinge der Außenpolitik durchaus vom Standpunkt, ob die Lösung der einen oder anderen Frage im Gesamtinteresse, in diesem Fall Rußlands und Deutschlands, liegt. Wir hoffen, daß diese sachliche Einstellung sich auch in Moskau durchsetzen wird und treten deshalb dem Vertreter des Sowjetstaates genau so unbefangen gegenüber wie dem Vertreter einer anderen Macht, mit der Deutschland durchaus korrekte Beziehungen zu unterhalten gewillt ist. Deutschland mischt sich nicht in die inneren Verhältnisse Rußlands, und entgegen manchen Behauptungen ist ebensowenig wie früher diese Forderung auch heute nicht erhoben worden, genau so, wie wir erwarten, daß auch die anderen Staaten Deutschland in Frieden lassen, wenn es sich in seinem Lebensraum so einrichtet, wie es seinem Charakter und seinen Lebensnotwendigkeiten entspricht. Wir hoffen, daß Herr Litwinow diese sachliche Atmosphäre in Berlin würdigt, was sicher dem Interesse beider Staaten nur förderlich sein kann!“ —

Reichsausschuß „Brüder in Not“

Eine innerrussische Angelegenheit aber konnte uns nicht gleichgültig sein, sondern forderte unsere wärmste Anteilnahme: Das war das Schicksal der Hunderttausende deutscher Brüder in der Sowjetunion, die durch eine terroristisch-bolschewistische Agrarpolitik in Not und Elend gekommen waren. Erschütternde Briefe und Hilferufe aus der Ukraine, aus Sibirien gaben einen Begriff von den furchtbaren Entbehrungen, denen die Unglücklichen ausgesetzt waren. Um den deutschstämmigen Familien in der Sowjetunion, die dem langsamen Hungertode preisgegeben waren, in ihrer Not zu helfen, hatte sich ein Reichsausschuß „Brüder in Not“ gebildet, dem die verschiedenen karitativen Verbände angehörten. Er organisierte die dringend notwendige Unterstützung der Notleidenden durch Lebensmittelpakete oder Geldsendungen, er besorgte die Verteilung der eingehenden Spenden und ihre Weiterleitung an die verschiedenen Adressen. So wurden monatlich etwa 40000 RM. vom Reichsausschuß ausgeschüttet. Diese unpolitische Hilfsaktion zeigte, daß Deutschland seine Brüder im Ausland nicht vergessen hat. —

Molotow über die deutsch-russischen Beziehungen

Daß im übrigen die korrekten Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion keine Unterbrechung erfahren hatten und auch in Zukunft nicht erfahren sollten, bestätigte die Rede des Ratsvorsitzenden der Volks-

kommissare der Sowjetunion, Molotow, vom 29. Dezember, in der er auf die außenpolitische Lage der Sowjetunion einging und über ihre Beziehungen zu Deutschland ausführte, diese Beziehungen hätten in der Außenpolitik der Sowjetunion stets eine besondere Stelle eingenommen. „Ihren Grundsätzen der Verfechtung des allgemeinen Friedens und der Unabhängigkeit des Landes treubleibend", habe die Sowjetunion ihrerseits keine Veranlassung zu einer Aenderung der Politik gegenüber Deutschland. —

Deutschland und Litauen

Nachdem man lange Zeit gehofft hatte, auch mit Litauen in ein besseres Verhältnis zu kommen und von deutscher Seite Bemühungen unternommen worden waren, zu einem, beiden Staaten gerecht werdenden Ausgleich zu gelangen, sah sich die deutsche Regierung am Ende des Jahres 1933 in ihren Hoffnungen bitter enttäuscht. Am 18. Dezember nahm der Gouverneur des Memelgebiets, Dr. Navakas, mit der Entlassung und Ausweisung von über 100 reichsdeutschen Lehrern und Beamten einen klaren Rechtsbruch gegen das Memelstatut vor. Starke Erregung bemächtigte sich der deutschen Oeffentlichkeit, als die amtliche Verlautbarung der Litauischen Telegrafenagentur bekannt wurde, die meldete:

Litauischer Bruch des Memelstatuts

„Der Gouverneur des Memelgebiets, Dr. Navakas, hat in Durchführung des § 2 des „Gesetzes über die Einstellung und die Beschäftigung von Ausländern im öffentlichen Dienst" dem Präsidenten des Memelgebiets, Dr. Schreiber, eine Liste mit den Namen der Ausländer überreicht, denen nicht mehr die Genehmigung gegeben wird, im öffentlichen Dienst zu bleiben. Der Herr Gouverneur hat beschlossen, daß innerhalb eines Monats, das ist bis zum 18. Januar 1934, 32 Ausländer aus dem Dienst entlassen werden müssen, darunter 20 Volksschullehrer und zwei Lehrer an den höheren Schulen, sowie zehn Beamte, darunter Oberstaatsanwalt Conrad Schwienteck und die Gerichtsräte Dr. Joseph Lindner und Reinhold Mirtsch. Ferner müssen bis zum 1. April 1934 34 Ausländer und bis zum 1. Juli 1934 35 Ausländer aus dem Dienst entlassen werden. 38 Ausländern ist vom Herrn Gouverneur die Genehmigung erteilt worden. Im Zusammenhang mit dem Beschluß, wonach 101 Ausländern die Genehmigung, weiter im öffentlichen Dienst zu bleiben, nicht mehr gegeben wird, hat der Herr Gouverneur dem Präsidenten des Direktoriums eine Liste der Lehrer, die an den Schulen Litauens Dienst tun, übersandt, aus der Kandidaten entnommen werden können, wenn durch den Fortgang von ausländischen Lehrern ein Mangel an Lehrern eintreten sollte."

Es folgte die Liste der Lehrer und Beamten, die bis zum 18. Januar bzw. 1. April oder 1. Juli 1934 das Memelgebiet verlassen sollten. Die Kownoer Regierung hatte sich damit einen schweren Verstoß gegen das Memelstatut zuschulden kommen lassen. Der litauische Gouverneur begründete die vorgenommenen Entlassungen mit einem am 10. Juli 1933 erlassenen Gesetz, das aber seinerseits gegen das Statut verstößt. Die deutsche Regierung hatte schon damals die litauische

Regierung auf die Unrechtmäßigkeit dieses Gesetzes aufmerksam gemacht. Artikel 5 des Memelstatuts besagt, daß das Recht der Einstellung und Entlassung von Beamten den Memelbehörden zusteht. (Die Lehrerschaft genießt allerdings nicht so weitgehenden Schutz durch das Statut.) Nach der willkürlichen Lostrennung Memels vom Reiche durch das Versailler Diktat stellt die Autonomie ein kostbares Gut der Memeldeutschen dar, das sie gegen politische und kulturelle Ueberfremdung durch Litauen schützen sollte. Als der litauische Gouverneur das Direktorium anwies, die Entlassung von über 100 reichsdeutschen Beamten vorzunehmen, überschritt er die ihm bestimmte Funktion, die Souveränität der Kownoer Regierung im Memelgebiet darzustellen und wahrzunehmen. Die deutsche Regierung sah sich daher veranlaßt, durch den deutschen Generalkonsul in Memel beim Gouverneur des Memelgebiets und durch den deutschen Gesandten in Kowno bei der litauischen Regierung nachträglich Protest gegen die Ausweisung reichsdeutscher Beamten einlegen zu lassen. Die deutsche Regierung ließ daher keinen Zweifel darüber, daß der litauische Vertragsbruch unangenehme Rückwirkungen auf das deutsch-litauische Verhältnis — besonders auch in wirtschaftlicher Beziehung — haben würde. Die deutschen Vorstellungen fruchteten leider nichts. Im Gegenteil ging die litauische Regierung zur Beschlagnahme der deutschen Zeitungen in Kowno über, um damit die Kritik an ihrem unrechtmäßigen Vorgehen mundtot zu machen. Sie erreichte aber damit das Gegenteil: Die Augen der Welt wurden auf die litauische Willkürherrschaft hingelenkt. Nur das schlechte Gewissen des memelländischen Gouverneurs und der hinter ihm stehenden litauischen Regierung konnte das Motiv zu der Beschlagnahme deutscher Blätter sein. Und die offiziösen Rechtfertigungsversuche konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier ein Vergewaltigungsakt an dem trotz garantierter Autonomie in Wahrheit rechtlosen Memelgebiet vorlag. —

„Deutscher Tag" in Neuyork

Zur Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika ist gegen Jahresende der „Deutsche Tag" in Neuyork zu erwähnen, den 25000 Deutsch-Amerikaner am 7. Dezember zur Erinnerung an die erste deutsche Einwanderung im Jahre 1683 feierten und der sich zu einer machtvollen Kundgebung des Deutschamerikanertums und zu einer Manifestation deutschen Unternehmungsgeistes und zähen deutschen Aufbauwillens gestaltete. Der Aufstieg der USA zur Weltmacht ist nicht zuletzt auch durch den Fleiß und das Können deutscher Kolonisten möglich geworden, und Präsident Roosevelt brachte anläßlich dieses „Deutschen Tages" den Dank für den segensreichen Einfluß der deutschen Einwanderung zum Ausdruck. Der deutsche Botschafter Dr. Luther sprach

in seiner Rede die Hoffnung auf eine enge Zusammenarbeit aller Völker und besonders des deutschen und amerikanischen Volkes aus. Und bei dem starken Kontingent deutschen Blutes im amerikanischen Volkskörper sollte eine solche Freundschaft auch möglich sein — trotz deutschfeindlicher Propaganda und jüdischem Boykott. Der „Deutsche Tag", der ganz im Zeichen des Nationalsozialismus stand, hat mit dazu beigetragen, für Deutschland das Verständnis weiterer Kreise in den Vereinigten Staaten, das durch eine skrupellose Greuelhetze maßlos erschwert worden war, endlich zu wecken. —

Englische Vermittlungsversuche zwischen Deutschland und Frankreich

Die englische Außenpolitik des Jahres 1933, die immer mehr zu der „historischen Politik des Zauderns" geworden war, zeigt auch in der zweiten Hälfte des Dezember keine klare Linie. Man gibt in der Downing Street nach keiner Seite hin bindende Versprechungen ab und sucht nach einem Kompromiß zwischen dem ursprünglichen MacDonald-Plan und dem abgeänderten Plan vom 14. Oktober. Man will einerseits keinen vor den Kopf stoßen und anderseits doch verhindern, daß die Abrüstungs- und Verständigungspolitik völlig im Sande verläuft. Man will, wie schon früher, die Rolle des „ehrlichen Maklers" übernehmen, der einen Ausgleich sucht zwischen dem französischen Ruf nach „Sicherheit" und der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung. Sir John Simon beginnt zu diesem Zwecke eine rege Reisetätigkeit, wobei er zunächst in Paris und Rom „das Feld zu sondieren" gedenkt. — Einen sehr günstigen Eindruck hinterließ am 15. Dezember in London der Bericht des englischen Botschafters in Berlin, Sir Eric Phipps, über seine Besprechungen mit dem deutschen Reichskanzler. Im Foreign Office glaubt man einer Vereinbarung oder gar dem Abschluß eines Nichtangriffspaktes Deutschlands mit seinen Nachbarn nahegekommen zu sein. Aber noch immer hat die europäische Politik sich aus der durch Versailles verursachten Verkrampfung nicht zu lösen vermocht. Trotz mancher Scheinerfolge und zahlreicher „Silberstreifen" am fernen Horizont konnten die verantwortlichen Staatsmänner Europa noch nicht aus seiner gefährlichen Lage herausreißen. Die tiefen Gräben, die der Unglücksvertrag zwischen Sieger und Besiegte gezogen hatte, drohten die Kriegspsychose zu verewigen. Das Heldentum Millionen gefallener Soldaten hätte als einigendes Band zu einem wahren Völkerfrieden führen können. Schlechte Politiker hatten einen Friedensvertrag geschaffen, der aus Haß geboren war und jahrzehntelangen Haß säen mußte. Es ist das außerordentliche Weltverdienst des Nationalsozialismus, im Jahre 1933 den Friedenswillen des ganzen deutschen Volkes in Ehrliebe und Würde gestaltet und ohne „Revanchegedanken" oder falsche reaktionäre „Sentiments" der ganzen Welt und besonders seinen Nach-

Sir Eric Phipps beim Führer

barn die Hand zum ehrlichen Frieden entgegengestreckt zu haben. Aber noch zögert das Ausland, in die dargebotene Rechte einzuschlagen. Besonders die französischen Kreise um Herriot warnen vor der „Irrlehre", man könne den Frieden nur durch „neue Zugeständnisse an Deutschland" aufrechterhalten. In London bemüht man sich indessen weiter um das Zustandebringen neuer Verhandlungen (und glaubt, zunächst folgende Schwierigkeiten überwinden zu müssen: 1. Könne man Frankreich bewegen, die deutschen Vorschläge als Grundlage für die weiteren Verhandlungen anzunehmen? 2. Wo sollen dann die Verhandlungen stattfinden? 3. Welche Länder sollen an diesen Verhandlungen teilnehmen?).

Goebbels-Interview im „Midi"

Eine Unterstützung der Verständigungsversuche stellt auch das Interview dar, das Reichsminister Dr. Goebbels dem Berliner Vertreter des Pariser „Midi" gewährte, und in dem er sich hauptsächlich gegen die Entstellungen einer bestimmten Auslandspresse über den ehrlichen deutschen Friedenswillen wandte. Mit Recht sagte er bei dieser Gelegenheit:

> „... Ich habe von der Aufgabe und der Mission der ausländischen Pressevertreter, die sich in allen Ländern der Welt frei bewegen müssen, eine zu hohe Meinung, um zu glauben, daß ihre Aufgabe ausschließlich darin besteht, dem nachzuspüren und das zu sammeln, was Uebelwollende oder die Leute, die unser Land verlassen haben, frei erfinden. Man unterrichtet sein eigenes Volk schlecht, wenn man nur das sieht und nur das wiedergibt, was ungenau und unrichtig ist...." —

Poncet beim Führer

Am 19. Dezember überreichte der erste Botschaftsrat der französischen Botschaft in Berlin, Arnal, in Paris einen ausführlichen Bericht über die beiden Unterredungen von François Poncet mit dem Volkskanzler Adolf Hitler. Diese zusammenfassende Darstellung des deutschen Standpunktes ist unter dem Namen „Deutsche Punktationen" in die Geschichte der Diplomatie eingegangen. Obwohl es sich also nicht um eine deutsche Note, sondern um eine Aufzeichnung der Besprechungen handelt, die Poncet im Einverständnis des Reichskanzlers angefertigt hat, setzt die französische Presse sich leidenschaftlich mit dem Dokument auseinander. Wieder zeigt sich die völlige Verständnislosigkeit, mit der man den schwebenden Problemen gegenübersteht. Der französischen Oeffentlichkeit wird eingeredet, die angeblichen Forderungen Deutschlands seien unannehmbar. Und Simon wird in Paris, der ersten Station seiner großen Vermittlungsreise, von einem wahren Trommelfeuer gegen deutsch-französische Verhandlungen empfangen. Die unfreundliche Empfehlung zu einer baldigen Weiterreise nach Rom machte dem englischen Außenminister seine schwierige Mission nicht leichter. Die Besprechungen ließen auch bald eine erhebliche Verschärfung des französisch-englischen Gegensatzes bezüglich der Verhandlungen mit Deutschland erkennen.

„Deutsche Punktationen"

Simon in Paris

Hier: Abbruch der Verhandlungen, dort: Fortführung der Besprechung mit Deutschland. Aus der französischen und englischen Presse geht dieser Kontrast ganz deutlich hervor. In Paris scheut man sich nicht, Poncet Vorwürfe zu machen wegen der Hinauszögerung des Abbruchs seiner angeknüpften Beziehungen zur Reichskanzlei. Die Lage wird immer verworrener. Der Rettungsanker wird in der erhofften Initiative Mussolinis gesucht. Simons Aufenthalt in Rom zur Jahreswende soll die Entscheidung darüber bringen, ob ein erneuter Kompromißversuch zwischen der deutschen und der französischen Auffassung gemacht werden kann. — Poncet kehrte aus Paris mit leeren

Französische Antwort auf die „Deutschen Punktationen"

Händen nach Berlin zurück. Die französische Antwort, die er mitbringt, entspricht in keiner Weise den berechtigten deutschen Forderungen auf Wahrung seiner nationalen Sicherheit und sieht die Rückkehr Deutschlands nach Genf als die Voraussetzung für irgendwelche zu treffenden Entscheidungen an. Auch nach englischer Auffassung ist ein solches Ansinnen an Deutschland ohne Erfüllung seiner Wünsche nach Gleichberechtigung erfolglos und unlogisch. Auch in dem ehemals frankophile Politik treibenden Polen und in dem unter französischem Einfluß stehenden Belgien gewinnt der gesunde Menschenverstand die Oberhand, und man erkennt dort die Notwendigkeit, zu wählen zwischen einem geregelten Rüstungsausgleich (entsprechend den zahlreichen Vorschlägen Deutschlands) oder einem ungeregelten Wettrüsten. Daß der zweite Weg aber schließlich zum Krieg und zum Zusammenbruch Europas und damit dem Ende der gesamten abendländischen Kultur führen muß, ist eine Erkenntnis, der sich die

Roosevelt über Abrüstung

Völker nicht mehr länger verschließen können, und der Roosevelt, der Präsident der USA, am 28. Dezember in einer Rede vor der Woodrow-Wilson-Foundation in Neuyork beredten Ausdruck gab.

Neurath-Interview in „New York Times"

Fast gleichzeitig sprach sich Reichsaußenminister von Neurath in einem dem Berliner Korrespondenten der „New York Times", Guido E. Enderis, erteilten Interview aufs neue für Abrüstung und Erhaltung des Weltfriedens aus. Seine Ausführungen entsprechen den Erklärungen, die Hitler in zahlreichen Reden und Interviews abgegeben hat. Der Friedenswille Deutschlands und seine Forderungen nach Gleichberechtigung und allgemeiner Abrüstung bilden wieder den Hauptgegenstand der Unterredung. Und es ist auch selbstverständlich, daß Deutschlands Vertreter nichts Neues zu sagen haben. Sie haben gegenüber der Welt dem nichts hinzuzufügen, was sie schon Hunderte von Malen erklärt haben. Die Welt weiß, was wir wollen. Es liegt nun an ihr, auch ihren guten Willen zu beweisen. Dann kann der Wille zur Tat werden. —

Gerd Rühle
Regierungsrat, M. d. R.

Das Dritte Reich

Dokumentarische Darstellung des Aufbaues der Nation

Mit Unterstützung des Deutschen Reichsarchivs

Das erste Jahr
1933

Mit zahlreichen Bildern und Dokumenten
sowie einem Sachregister

2. Auflage

Hummelverlag

Verlag und Versand für Deutsche Literatur
Hans Eugen Hummel
Berlin NW 7